

14. 09. 98

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung vom 22. bis 26. Mai 1998 in Barcelona

Die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 22. bis 26. Mai 1998 in Barcelona statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation

Bundestag:

*Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU),
Leiter der Delegation
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU)
Abg. Heinrich Graf von Einsiedel (PDS)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Ulrich Irmer (F.D.P.)
Abg. Dr. Dionys Jobst (CDU/CSU)
Abg. Dr.-Ing. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Wolfgang Krause (Dessau) (CDU/CSU)
Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Brigitte Schulte (Hamel) (SPD)
Abg. Dr. Klaus-Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Verena Wohlleben (SPD)
Abg. Michael Wonneberger (CDU/CSU)
Abg. Peter Zumkley (SPD)*

Bundesrat:

*Staatsministerin Prof. Ursula Männle (CSU), Bayern
Senator Uwe Beckmeyer (SPD), Bremen
Minister Dr. Armin Jäger (CDU),
Mecklenburg-Vorpommern
Minister Gerhard Glogowski (SPD), Niedersachsen
Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz,
Stellvertretender Delegationsleiter
Minister Dr. Arno Walter (SPD), Saarland*

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 23., 24. und 25. Mai, die Plenarsitzung fand am 26. Mai 1998 statt.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Senator **William V. Roth Jr.**

(Vereinigte Staaten) eröffnet. Es folgten Ansprachen des ehemaligen Sicherheitsberaters des Präsidenten der Vereinigten Staaten und Beraters am Zentrum für Strategische und Internationale Studien, **Zbigniew Brezinski**, des Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, General **Klaus Naumann** GEAR, des Bürgermeisters von Barcelona, **Juan Clos**, des Präsidenten der Generalitat von Katalonien, **Jordi Pujol**, des Präsidenten des spanischen Senats, **Juan Ignacio Barrero Valverde**, des Präsidenten des spanischen Abgeordnetenhauses, **Federico Trillo-Figueroa** sowie des spanischen Ministerpräsidenten, **José-Maria Aznar**.

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß tagte am 24. Mai 1998 unter dem Vorsitz von Abg. **Petersen** (Norwegen). Zunächst gedachte der Ausschuß seines Mitglieds Abg. Maarten van Traa (Niederlande), der mit seinem Auto tödlich verunglückt war. Die Tagesordnung wurde auf Vorschlag des Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) um die Stellungnahme von Frau Edita Tahiri, der Vertreterin von Ibrahim Rugova, zur Situation im Kosovo erweitert. Im Mittelpunkt stand der Berichtsentwurf des Generalberichterstatters Abg. Karsten D. Voigt (Bundesrepublik Deutschland) zum Thema „Die transatlantische Agenda und die neue NATO“. Abg. **Karsten D. Voigt** erläuterte, mit seinem Bericht diejenigen Fragen beleuchten zu wollen, an denen sich aktive Überlegungen betreffend die Zukunft der Allianz im Rahmen einer soliden und interaktiven transatlantischen Gemeinschaft würden orientieren müssen. Schließlich habe das Bündnis anlässlich des Gipfels in Madrid im Juli 1997 erklärt, daß eine neue NATO für ein neues und ungeteiltes Europa im Entstehen begriffen sei. Die „neue NATO“ würde ihre Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung beibehalten. Zusätzlich würde sie jedoch auch ihre Fähigkeiten zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Hinblick auf den „Export von Stabilität“ ausbauen, um eine verbesserte regionale Krisen- und Konfliktbewältigung bieten zu können. Im gleichen Zusam-

menhang sei entschieden worden, das strategische Konzept der Allianz von 1991 zu überprüfen, um die kollektive Verteidigung und die transatlantischen Verbindungen erneut zu bekräftigen und darüber hinaus die „neue Sicherheitslage und die Herausforderungen in Europa“ zu berücksichtigen. Anhand des konkreten Beispiels der Haltung des Westens zum Irak stellte der Berichterstatter fest, daß es sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas zahlreiche weitere Regionen gebe, in denen die Interessen von Mitgliedern der Allianz involviert sein könnten, da dort Bedrohungen auftauchen könnten, wie die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Drogenhandel, Migration von Flüchtlingen oder ethnische und regionale Konflikte. Daher werde die Frage von NATO-Operationen über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinaus eine der wichtigsten Fragen innerhalb des Bündnisses zu Beginn des 21. Jahrhunderts darstellen. In den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedsländer sollten daher offene Diskussionen stattfinden über Fragen wie beispielsweise die der Fähigkeit von NATO und EU, in hochgradig sensiblen Bereichen wie dem Nahen Osten eine gemeinsame Vorgehensweise zu finden.

Im Hinblick auf die Beziehungen der NATO zu Rußland hielt der Generalberichterstatter fest, daß im Gegensatz zu den Cassandra-Rufen, die eine akute Krise im Verhältnis zwischen Rußland und der NATO im Gefolge der Öffnung der Allianz vorausgesagt hätten, eben diese Beziehung weiter aufgebaut werde. Gleichwohl seien einige Widersprüche zu entdecken, wie beispielsweise die Tatsache, daß die Zusammenarbeit mit der NATO im aktuellen russischen nationalen Sicherheitskonzept noch nicht einmal erwähnt werde. Die NATO müsse sich dagegen fragen lassen, was sie ihrerseits von dieser Beziehung erwarte. Derzeit seien noch keine Bereiche für gemeinsame Entscheidungen zu erkennen, die dafür sorgen würden, daß Rußland nicht lediglich den Entscheidungen der NATO zustimmen hätte. Nach seiner Auffassung sei eine ablehnende Haltung Rußlands zukünftig zu befürchten, wenn der Bereich der Partnerschaft für den Frieden nicht zu einem wirklich kollegialen Forum weiterentwickelt würde. Letztlich sei es unbedingt erforderlich, jede Anstrengung zu unternehmen, damit die Grundakte von NATO und Rußland „zum Leben erweckt würde“, und dafür zu sorgen, daß sie Ergebnisse bringe, in denen Regierungsmitglieder und Parlamentarier sowohl aus Rußland als auch aus den NATO-Ländern einen praktischen Wert sehen könnten. Schließlich äußerte der Berichterstatter sich zur Zukunft des Erweiterungsprozesses der NATO. Seiner Auffassung nach sollte die nächste Phase der Erweiterung mit dem Abschluß der ersten Phase im Jahr 1999 beginnen. Im Rahmen dieser zweiten Phase sollten mindestens zwei neue Mitglieder aufgenommen werden. An die Adresse der NATO-Mitglieder, die eine „Pause“ dieses Prozesses forderten, gewandt, erläuterte Abg. Karsten D. Voigt, daß seines Erachtens die jeweiligen Länder mit größter Wahrscheinlichkeit um wirklich freundschaftliche Beziehungen mit Rußland bemüht sein würden, wenn sie einmal der NATO beigetreten seien und nicht länger die Beherrschung durch Rußland fürch-

ten müßten. Darüber hinaus sei auch den Sicherheitsinteressen Rußlands ungleich besser gedient, wenn es statt ängstlicher und unsicherer Länder sichere und selbstbewußte Nachbarn hätte. Trotz der beschriebenen Probleme und noch offener Fragen könne jedoch festgehalten werden, daß die Aussichten zu keinem Zeitpunkt besser waren, das eigentliche politische Endziel der NATO zu erreichen, welches vor über dreißig Jahren im Harmel-Bericht des Jahres 1967 definiert wurde: „eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa, flankiert durch die angemessenen Sicherheitsgarantien“ zu schaffen.

Abg. **Ryschkow** (Rußland) prognostizierte, daß eine weitere Öffnung der NATO zu Spannungen in Europa führen würde. Auch in China würde eine zweite Runde der NATO-Erweiterung kritisch gesehen. Den NATO-Rußland-Rat würdigte Ryzhkov als positives Instrument, mit dem der Wunsch Rußlands nach einer transparenten NATO jedoch noch nicht erfüllt sei. Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) bekräftigte, daß der Erweiterungsprozeß der NATO dringend fortgeführt werden müsse. Zwar habe Berichterstatter Voigt recht, wenn er vermute, daß die baltischen Staaten in der zweiten Runde noch nicht berücksichtigt werden würden, doch sei es um so mehr zu begrüßen, daß die baltischen Staaten auf dem Gipfel in Madrid im Juli 1997 ausdrücklich als zukünftige Beitrittskandidaten genannt worden seien. Abg. **Solomon** (Vereinigte Staaten) stellte an die Adresse der russischen Parlamentarier gerichtet klar, daß die NATO entgegen russischer Befürchtungen nicht zu einer Organisation mit globalem Aktionsradius werden wolle. Um die Sicherheit und Stabilität in Europa und im transatlantischen Bereich zu sichern, sei es jedoch notwendig geworden, die NATO für weitere Mitglieder zu öffnen. Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, daß es hinsichtlich des Schwerpunktes der NATO-Aufgaben mit Artikel-5-Missionen auf der einen Seite und Out-of-area-Einsätze auf der anderen Seite zu einer präzisen Festlegung kommen solle. Zwar handle es sich hierbei nicht um grundsätzlich neue Fragen, doch sollte es in diesem Bereich im Ergebnis konkrete Festlegungen geben. Weiterhin lenkte Abg. Francke die Aufmerksamkeit auf die Partnerschaft der NATO mit der Ukraine. Diese Beziehung dürfe keinesfalls lediglich einen zweiten oder dritten Rang einnehmen, sondern müsse gleichberechtigt neben den Beziehungen der NATO zu Rußland stehen. Hinsichtlich des Erweiterungsprozesses sei festzuhalten, daß dieser nicht als abgeschlossener Vorgang, sondern als offener Prozeß verstanden werden müsse. Keinesfalls dürfe sich in einer zweiten Runde erneut die Frage des „Burden sharings“ in den Vordergrund drängen. Die Kostenfrage an erster Stelle zu diskutieren, sei kein konstruktiver Beitrag gewesen. Einen solchen wolle Deutschland jedoch gerade in dieser Frage leisten.

Anschließend stellte Frau **Edita Tahiri**, Beraterin für Auswärtige Beziehungen der Demokratischen Liga im Kosovo und Vertreterin von Ibrahim Rugova, die aktuelle Situation im Kosovo dar. Sie erklärte, daß einige Mitglieder der Befreiungsbewegung im Kosovo

nach langjährigen friedlichen Bemühungen um eine Autonomie des Kosovo inzwischen versuchten, ihre Vorstellungen gewaltsam umzusetzen, weil die Angriffe Serbiens auf die Kosovo-Albaner immer weiter eskaliert seien. Sie betonte, daß „Präsident“ Rugova von der Mehrheit der Bevölkerung im Kosovo unterstützt würde. Er und seine Anhänger würden sich weiterhin für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen. Sollten sich die derzeitigen Auseinandersetzungen jedoch noch verschärfen, sei ein Eingreifen der Staatengemeinschaft unerlässlich. Aus dem Bosnien-Konflikt müsse die Lehre gezogen werden, daß die Ausrüttungspolitik der Serben nicht toleriert werden dürfe. Frau Tahiri plädierte gegenüber den Abgeordneten dafür, Ibrahim Rugova zu unterstützen, und forderte die Staatengemeinschaft auf, dafür zu sorgen, daß sich die Gewalt nicht weiter verbreite. In der anschließenden Diskussion wurden unterschiedliche Standpunkte vertreten: Während ein schwedischer Abgeordneter UNO, WEU oder NATO aufforderte, Präventivtruppen zu stationieren, und ein türkischer Abgeordneter die Tragödie im Kosovo nicht als interne Angelegenheit, sondern als ein Problem der internationalen Gemeinschaft kennzeichnete, stellte sich die Situation im Kosovo für einen spanischen Abgeordneten im Hinblick auf die Flüchtlingsproblematik lediglich als ein internes Problem mit externen Folgen dar.

Zur militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland bzw. der Ukraine sowie den Vorbereitungen der drei eingeladenen Staaten für den bevorstehenden Beitritt zur NATO sprach General **Joël Marchand** (NATO). Er berichtete, daß im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden die Konsultationen mit den Partnerstaaten vertieft würden. Darüber hinaus würde eine verbesserte Einbeziehung der Partnerstaaten in die Planung sowie eine operationellere Gestaltung der Partnerschaft angestrebt. Die Zusammenarbeit der NATO mit Rußland erfolge gemäß den in der Grundakte vorgesehenen regelmäßigen Sitzungen des Ständigen Gemeinsamen Rates. Inzwischen habe Rußland einen Militärvertreter bei der NATO ernannt. Nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit müsse nun eine Vertretung der NATO in Moskau eingerichtet werden. Auch die Zusammenarbeit mit der Ukraine sei gut angelaufen. Hinsichtlich der NATO-Erweiterung teilte General Marchand mit, daß mit den drei Kandidaten ein verstärkter Dialog aufgenommen worden sei und daß sie seit Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle an den Sitzungen sämtlicher Ausschüsse der NATO mit Beobachterstatus, d. h. mit Rede-, jedoch nicht mit Stimmrecht, teilgenommen hätten. Auf die Frage von Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), wie garantiert werden könne, daß im Rahmen der erweiterten Zusammenarbeit mit Rußland das Wissen über Technologie nicht in falsche Hände gerate, antwortete General **Marchand**, daß die technische Kooperation mit Rußland ausschließlich nach vorheriger Genehmigung durchgeführt werde. Alles, was an Rußland weitergegeben werde, werde vorher eingehend geprüft.

Berichterstatter Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) stellte den Berichtsentwurf des Unterausschusses für Transatlantische und Europäische Beziehungen mit

dem Titel „Die neunzehn Staaten der NATO – OSZE“ vor. Zunächst wandte Abg. George sich den zukünftigen Allianzmitgliedern zu. Obwohl alle drei Beitrittskandidaten bereits seit 1994 aktiv an der Partnerschaft für den Frieden teilnahmen und insofern bereits mit vielen NATO-Standards, Verteidigung, Planung und Finanzierung, Interoperabilität und modernem Luftraummanagement vertraut seien, seien sie bisher noch nicht mit der Kernfunktion der NATO, der kollektiven Verteidigung, in Berührung gekommen. Denn diese NATO-Funktion sei im Rahmen der Arbeit der Partnerschaft für den Frieden ausgeschlossen. Auch wenn also zur Erreichung einer befriedigenden Interoperabilität und eines ausreichenden Rüstungsniveaus von Seiten der Beitrittskandidaten noch einiges geleistet werden müsse, sollte es keinesfalls dazu kommen, daß die neuen Mitgliedstaaten sich sofort mit außerordentlich teuren, neuen Systemen ausrüsteten. Mit Blick auf eine Fortführung des Öffnungsprozesses komme es darauf an, so Abg. George, daß sowohl die gegenwärtigen Bündnismitglieder als auch die ersten neuen Mitglieder sich ihrer Verantwortung für den Erfolg der ersten Erweiterungsrunde bewußt seien, so daß die Tür der NATO nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in absehbarer Zukunft offen bleibe. Die Erklärung des Madrider Gipfeltreffens der NATO könne zwar auf verschiedene Art und Weise interpretiert werden, es sei aber jedenfalls nicht beabsichtigt gewesen, die dort nicht ausdrücklich erwähnten Staaten von einer Bewerbung und der Bemühung, die Kriterien für eine Mitgliedschaft zu erfüllen, abzuhalten. Auch Abg. George kritisierte die Art und Weise, wie die Kosten der NATO-Erweiterung diskutiert und die Öffentlichkeit verwirrt worden sei.

Die Öffnung der NATO könne das Sicherheitsbedürfnis jedoch nur für einige wenige Länder befriedigen. In diesem Zusammenhang müsse daher festgehalten werden, daß sowohl die NATO als auch die OSZE, jede auf ihre Weise, Stabilität gewährleisten. Die Angebote der OSZE, die von der vorbeugenden Diplomatie bis zu Wiederherstellungsmaßnahmen nach einem Konflikt reichten, hätten sich als wertvoll erwiesen. Sowohl die Teilnehmerstaaten als auch andere internationale Organisationen, insbesondere die NATO, hätten tief verwurzelte Interessen, die Arbeit der OSZE zu unterstützen, damit die Krisenbewältigung, in die sie bei einem Scheitern der OSZE einbezogen werden könnten, sich als unnötig oder begrenzt erweisen würde. Zu beklagen sei jedoch, so der Berichterstatter, daß innerhalb der OSZE noch immer über das europäische Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, das bereits 1995 vorgestellt worden sei, diskutiert werde. Er hoffe, daß eines Tages eine substantielle Einigung nicht nur über ein kooperatives Sicherheitsinstrument, sondern über die OSZE als ein Instrument kollektiver Sicherheit erzielt werden könne und nicht lediglich eine Umschreibung des ohnehin zahnlosen Artikels 49 der VN-Charta erreicht werden würde.

In Abwesenheit der beiden Ko-Berichterstatter, Abg. Just (Dänemark) und Abg. Goss (Vereinigte Staaten) stellte der Vorsitzende des Unterausschusses NATO-Erweiterung und neue Demokratien, Abg.

Bouvard (Frankreich), den Bericht „Die offene Tür der NATO“ vor. Die NATO habe sich vorgenommen, den Prozeß der Erweiterung auf dem nächsten Gipfel im April 1999 in Washington zu überprüfen. Die Berichterstatter hätten klären wollen, wie im Interesse der Gestaltung der NATO im 21. Jahrhundert die Dynamik der Erweiterung erhalten werden könne und welche zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die Sicherheit für Europa insgesamt zu erhöhen. Sie seien zu dem Ergebnis gekommen, daß es nun gelte, darüber nachzudenken, was unter den Kriterien verstanden werde, die für die Mitgliedschaft aufgestellt worden seien. Nachdem die Beweggründe für die Auswahl der ersten drei neuen Mitglieder sehr unklar geblieben seien, müßte die Entscheidung auf dem Gipfel 1999 klare und logische Beweggründe enthalten. Daneben könne und müsse offen und ehrlich die Frage hinsichtlich der Rolle der NATO nicht nur als Verteidigungsbündnis, sondern daneben auch als Krisenbewältigungsinstrument, einsetzbar auch außerhalb des Bündnisbereiches, gestellt werden. Eine derzeit lediglich theoretische Frage sei darüber hinaus, ob Rußland eines Tages der NATO angehören könne. Während dies vom Kollegen Solomon (Vereinigte Staaten) und Präsident Clinton für den Fall, daß die Kriterien durch Rußland erfüllt würden, für möglich gehalten werde, würden andere, wie beispielsweise der amerikanische Senator John Warner, die Mitgliedschaft Rußlands als Ende der NATO betrachten, da in diesem Falle die Hauptaufgabe der NATO als Gegengewicht zu Rußland entfallen würde. Doch er selbst, so Abg. Bouvard, sei der Auffassung, daß, wenn Rußland eines Tages die Kriterien für einen Beitritt zur NATO erfüllen und einen Beitritt anstreben würde, dies befürwortet werden sollte. Für die absehbare Zukunft komme es dagegen darauf an, die NATO-Rußland-Grundakte zu einem lebendigen Dokument zu machen.

Abg. **Pascu** (Rumänien) stellte den Entwurf eines Sonderberichts zum Thema „Auf dem Wege zu einem gemeinsamen europäischen politischen und Sicherheitsraum“ vor. Abg. Pascu beklagte, daß mit dem Ende des Kalten Krieges Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte und freies Unternehmertum zwar wieder zu gemeinsamen Werten vom Atlantik bis zum Ural geworden seien und somit eine ideologische Wiedervereinigung stattgefunden habe, daß sich diese Entwicklung jedoch im Rahmen der Institutionen des Westens, insbesondere der NATO und der EU, nicht widerspiegele. Diese beiden Institutionen hätten zwar ihre Erweiterung nach Osten und die Aufnahme neuer Mitglieder beschlossen, jedoch hätte nur eine sehr kleine Gruppe von Staaten Einladungen zu Verhandlungen über den Beitritt zu diesen Institutionen erhalten. Somit decke sich das Gebiet, in dem die genannten Werte wieder gemeinsam getragen würden und das Erweiterungsgebiet der genannten Institutionen nicht. Angesichts dieser Situation befürchte er, daß die politisch-militärische Teilung des Kontinents weiter bestehen und das wichtige Ziel der Integration des gesamten Kontinents zu einem einzigen, vereinten und gemeinsamen politischen und Sicherheitsraum aus praktischen Erwägungen heraus auf unbestimmte Zeit ver-

schoben würde. Während der durch die NATO gesicherte internationale Raum im integrierten Teil Europas tendenziell immer mehr zu einem „nationalen“ Raum werde und als solcher auch verteidigt werde, würden die nationalen Räume in Südosteuropa zunehmend als internationale Räume behandelt. Durch die Praxis, im Hinblick auf den Raum östlich und südlich des gegenwärtigen NATO-Gebiets mit zweierlei Maß zu messen (in dem einen Fall das Angebot der Einbeziehung durch Mitgliedschaft, in dem anderen die Nutzung als Operationsgebiet der NATO), würden zwei verschiedene politische und Sicherheitsräume geschaffen. Zwar bestünden zwischen Südosteuropa und dem übrigen Kontinent sicherlich kulturelle, ethnische und religiöse Unterschiede, ebenso bestünden jedoch zwischen Asien, Europa und Nordamerika. Es gelte daher, diese Unterschiede nicht zu verfestigen und dauerhaft werden zu lassen, sondern die Teilnahme an einem System mit der Erhaltung der Unterschiede in der nationalen Identität zu verbinden. Wolle man sich daher weder gegen den weltbeherrschenden Globalisierungstrend stellen, noch in Europa für lange Zeit, vielleicht sogar auf Dauer, Zwietracht und Konflikte, säen, so gelte es, auch die Staaten Südosteuropas baldmöglichst in die NATO zu integrieren.

Abg. **Pastusiak** (Polen) stellte den Entwurf eines Sonderberichts zum Thema „Polen und seine Nachbarn – die militärische Zusammenarbeit“ vor. Die militärische Zusammenarbeit zwischen Polen und seinen Nachbarn habe sich, so Pastusiak, in den 90er Jahren qualitativ verbessert. Durch die hergestellten Kontakte sei es möglich geworden, die Arbeitsweise der Streitkräfte in den benachbarten Staaten, ihre Ausbildungsverfahren und Kommandosysteme in der Praxis zu vergleichen. Die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften vergrößere die Transparenz, unterstütze die Vertrauensbildung, eröffne Möglichkeiten für die Zusammenarbeit und eine angemessenere Reaktion auf neue Bedrohungen. Im Rahmen der bilateralen militärischen Zusammenarbeit gebe es derzeit 151 Vereinbarungen auf unterschiedlichen Ebenen mit 35 Staaten, u.a. sämtlichen Nachbarn Polens. Diese Zusammenarbeit im verteidigungspolitischen Bereich sei ein wichtiges Element des Beitrags Polens bei der Aufnahme in die NATO und verstärke das Sicherheitsgefühl entlang der polnischen Grenzen. Besonders hinzuweisen sei auf eine weiterentwickelte Form der militärischen Zusammenarbeit, nämlich die bestehenden Friedensbataillone: das polnisch-litauische, das polnisch-ukrainische sowie das polnisch-dänisch-deutsche multinationale Korps. Über die militärische Zusammenarbeit hinaus sehe Polen Möglichkeiten auch für einen weiteren Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und technischen Bereich. In Polen wisse man, so Pastusiak, aus eigener Erfahrung, daß umfangreiche Anstrengungen erforderlich seien, um die dazu erforderlichen Finanzmittel sicherzustellen, aber auch, daß diese Investitionen sich letztlich als wirtschaftlich erweisen würden.

Anschließend stellte Abg. **Moya** (Spanien) den Bericht der Sondergruppe Mittelmeer zum Thema „Sicherheit im Bereich des Mittleren Ostens“ vor. Hierzu

vermerkte der Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union, Abg. **de Puig**, daß auch die WEU-Versammlung sich mit der Sicherheit im Mittelmeerraum befasse. Auch in diesem Bereich wolle man voll und ganz und mehr als bisher mit der Nordatlantischen Versammlung zusammenarbeiten. Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, daß das Ziel der Beschäftigung mit den Problemen in der Mittelmeerregion sei zu verhindern, daß sich kriegsartige Auseinandersetzungen, wie die, die sich im früheren Jugoslawien ereignet hätten, nicht in anderen Gebieten wiederholen würden. Die NATO müsse daher untersuchen, welche Chancen und Gefahren in Zukunft auf sie zukommen könnten. Sinn und Zweck der Mittelmeergruppe sei es in diesem Zusammenhang, die sich in diesem Bereich entwickelnden Gefahren aufzuzeigen und damit einen wichtigen Beitrag zur Arbeit der Nordatlantischen Versammlung zu leisten. Abg. **Moya** (Spanien) formulierte, daß im Nahost-Friedensprozeß den USA zwar die wichtigste Aufgabe obliege, die Europäer jedoch ergänzende Aufgaben zu erfüllen hätten. Den Reiz der NATO mache aus, daß Europäer und Nordamerikaner in ihr zusammenarbeiten müßten und würden. Der Vorsitzende **Petersen** (Norwegen) dankte den Berichterstattern und Referenten und schloß die Sitzung.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

In der gemeinsamen Sitzung des Politischen Ausschusses und des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit ging NATO-Generalsekretär **Javier Solana** nach einem Überblick über die Umsetzung der Militärstrukturreform ausführlich auf den Stand der Erweiterungsvorbereitungen ein. Erfreulich sei, daß die Ratifizierung in den nationalen Parlamenten der NATO-Mitgliedstaaten erkennbar voranschreite. Dabei habe vor allem auch die Entschließung des US-Senats positive Signalwirkung entfaltet. Er sei daher zuversichtlich, daß die Ratifizierungsprozesse in allen Bündnisstaaten vor Ende des Jahres abgeschlossen sein könnten. Mit dem Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik werde diesen Ländern nicht nur die Rolle von Sicherheitskonsumenten, sondern auch die von Sicherheitsgaranten zukommen. Große Bedeutung werde in diesem Zusammenhang auch zukünftig die Ausgestaltung der Kooperation der NATO mit Rußland haben. Hier seien vor allem auch die interparlamentarischen Kontakte zwischen russischen Parlamentariern und den Delegationen der NAV von großer Bedeutung. Die Versammlung habe in dieser Hinsicht wie auch im gesamten Reformprozeß der NATO bereits eine unverzichtbare Unterstützung geleistet. Abg. **Walter Kolbow** (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß es in Rußland nach wie vor erhebliche Ressentiments gegenüber dem NATO-Erweiterungsprozeß gebe. Es werde daher auch in Zukunft entscheidend darauf ankommen, im Verhältnis zu Rußland auf allen Ebenen eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit anzustreben.

Für das Gastgeberland Spanien gab Staatssekretär **Pedro Morenes Eulate** den Mitgliedern des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit einen Über-

blick über die zukünftigen sicherheitspolitischen Zielsetzungen seines Landes. Als junge Demokratie habe Spanien die Zeiten der Isolation hinter sich gelassen. Die vollständige Integration in die militärischen Strukturen der NATO sei eine weitere wichtige Weichenstellung an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert und berge für Spanien die Möglichkeit, sich konstruktiv an der Reform der Allianz zu beteiligen. Im Anschluß stellte General **Juan Martinez Esparza** den Stand der spanischen Vorbereitungen für das neue alliierte Regionalkommando Südwest vor.

In seinem Entwurf für den Generalbericht des Verteidigungsausschusses regte Generalberichterstatter **Hoekema** (Niederlande) an, den diesjährigen Berichtsschwerpunkt auf grundsätzliche Fragen der weiteren Entwicklung des Bündnisses zu legen. Nachdem sich die Ausschußmitglieder in den letzten Jahren intensiv mit Aspekten der neuen NATO-Kommandostruktur, der Umsetzung des CJTF-Konzepts und der Entwicklung einer erkennbaren Sicherheits- und Verteidigungsidentität für Europa befaßt hätten, sei es immer wieder von Bedeutung, die Zukunft der neuen NATO vor dem Hintergrund sich wandelnder globaler Umstände und Erfordernisse zu betrachten. Im Anschluß hieran diskutierte der Ausschuß die Rolle der NATO im institutionellen Zusammenspiel mit der OSZE, der WEU und den Vereinten Nationen, die weiteren Entwicklungen in den Staaten Mittel- und Westeuropas, die langfristigen Auswirkungen der Wiedervereinigung Deutschlands auf die weitere europäische Präsenz der USA, die Stellung Spaniens und Frankreichs innerhalb des Bündnisses sowie die zukünftige Identität der Türkei in Europa.

Als nächstes führte Sonderberichterstatter **Cook** (Vereinigtes Königreich) den Bericht über den Zustand der russischen Streitkräfte fort. Positiv zu vermerken sei, daß die Regierung Kirjenko die notwendige Militärreform sichtbar angehe. Ebenso werde die Schaffung von Wohnraum für russische Soldaten weiter fortgesetzt. Wichtig sei nun die Frage, welche Unterstützung die europäischen Partner Rußland in dieser Phase leisten könnten. Abg. **Wolkow** (Russische Föderation) erklärte, daß die konstruktive Aussprache zum Thema der Streitkräftereform während der letzten Herbsttagung der NAV in Bukarest in der russischen Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit gefunden habe. Wenn auch in großen Teilen der Bevölkerung ein gewisses Mißtrauen gegenüber westlichen Empfehlungen herrsche, gelte es jetzt, mit der konkreten Umsetzung der parlamentarischen Vorschläge und Anregungen zu beginnen. Dabei seien Fragen der zivilen Kontrolle der Armee sowie die Höhe der für die Reform bereitgestellten Mittel nach wie vor umstritten.

Für den Unterausschuß Verteidigungs- und Sicherheitskooperation zwischen Europa und den Vereinigten Staaten führte Abg. **van Heemskerck Pillis-Duvekot** (Niederlande) ihren Zwischenbericht zu den Entwicklungen der IFOR/SFOR-Operationen in Bosnien und Herzegowina fort. Obwohl die bemerkenswerten Erfolge der NATO-Streitkräfte und ihre ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Nicht-NATO-Truppen im Rahmen dieser Einsätze nachdrücklich zu würdigen seien, halte die NAV an ihrer Forderung

nach einer sorgfältigen Analyse der Fehler bei den vergeblichen Bemühungen, den Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu verhindern oder rasch zu beenden. Nur so werde es möglich, bestehende Schwächen zu erkennen und die gewonnenen Erfahrungen für neue Aufgaben zu nutzen. Die in diesem Rahmen bereits zugesagte Unterstützung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und des NATO-Generalsekretärs werde von den NAV-Delegationen sehr begrüßt. Wichtig und zur Erreichung eines dauerhaften Friedens unumgänglich sei die jüngste Entscheidung der Bündnisstaaten und ihrer Partner, militärische Kräfte in Bosnien zu belassen. Abg. **Bereuter** (Vereinigte Staaten) betonte, daß bei diesem verlängerten Mandat konzentrierter als bisher auf die Stabilisierung der zivilen Ordnung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes hingearbeitet werden müsse. Abg. **Baumel** (WEU) verwies auf die gegenwärtige Lage im Kosovo, die deutliche Parallelen zum Beginn der kriegesischen Auseinandersetzungen in Bosnien aufweise, und mahnte frühzeitige Konzepte zur Verhinderung einer Eskalation des Konfliktes an.

In dem Entwurf für einen Zwischenbericht des Unterausschusses Sicherheit im Norden ging Ko-Berichterstatter **Jan Hoekema** (Niederlande) auf die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse der baltischen Staaten ein. Neben den hier bereits erzielten Erfolgen seien für die zukünftige Entwicklung der Region vor allem auch die Fortschritte im russisch-baltischen Verhältnis von großer Bedeutung. Auch zukünftig gelte es, auf enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu setzen und konsequent auf die Lösung noch ausstehender politischer Fragen hinzuwirken.

Im Anschluß stellte die Beauftragte des Führers der Kosovo-Albaner Rugova, **Edita Tahiri**, die Entwicklungen der Situation im Kosovo dar. Die letzten serbischen Übergriffe in der Region Drenica, bei denen mehrere hundert Männer, Frauen und Kinder getötet worden seien, hätten einen kriegsähnlichen Zustand geschaffen. Hierbei seien nicht serbische Polizeieinheiten, sondern vor allem das serbische Militär beteiligt gewesen. Angesichts der mittlerweile äußerst angespannten Lage seien weitere Eskalationen im Kosovo und ein Übergreifen des Konflikts auf Albanien und Mazedonien zu befürchten. In dieser Situation sei es essentiell, daß sich die internationale Gemeinschaft rechtzeitig zu einem entschlossenen und einheitlichen Vorgehen durchringen könne.

Zum Ende der Sitzung wählte der Ausschuß Abg. **Rosing** (Dänemark) zum neuen Vorsitzenden des Unterausschusses Sicherheit im Norden. Ko-Berichterstatter im Unterausschuß für Verteidigungs- und Sicherheitskooperation zwischen Europa und den Vereinigten Staaten wurde Abg. **van Eekelen** (Niederlande).

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß tagte am 23. Mai unter Vorsitz des Abg. **Billiey** (Vereinigte Staaten).

Als erster faßte Sonderberichterstatter Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) die Ergebnisse seines Be-

richts über die Kosten der NATO-Erweiterung zusammen. Mit der Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens am 16. Dezember 1997 sei die Kostenfrage mit Unterstützung der Regierungen der NATO-Länder als erste Hürde genommen worden. Nun stelle sich die Frage, ob die mit der Ratifizierung befaßten nationalen Parlamente die Kostenfrage erneut aufgreifen würden. Auch in Expertenkreisen werde diese Frage immer noch diskutiert, vereinzelt werde die Meinung vertreten, die NATO habe die Zahlen geschönt, um die Erweiterung politisch besser verkaufen zu können. Genährt werde diese Auffassung dadurch, daß die NATO ihre Kostenstudie nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht habe. Andere renommierte Wissenschaftler seien skeptisch, was die Kompatibilität der militärischen Infrastruktur in den neuen Beitrittsländern mit den Gegebenheiten in den bestehenden Ländern anbetreffe. Nach Auffassung des Berichterstatters müsse das kurzfristige Ziel der neuen Mitglieder sein, rasch eine akzeptable Kommunikationsstruktur mit den Verbündeten aufzubauen. Sollte durch die Aufnahme neuer Mitglieder die Glaubwürdigkeit der NATO und ihrer Verpflichtungen beeinträchtigt werden, könnte politischer und diplomatischer Druck sie veranlassen, ihre Anstrengungen zu verstärken. Um redaktionelle Korrekturen bat Abg. **Reitzer** (Frankreich), was die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Chirac zu den organisatorischen Voraussetzungen für weitere Beitragszahlungen anbetreffe.

Abg. **Loreto** (Italien) gab zu bedenken, ob angesichts der anfallenden Kosten nicht eine Verlangsamung des Beitrittsprozesses erwogen werden sollte.

Frieden sei ein hohes Gut, bemerkte Abg. **Demiralp** (Türkei), dessen Wert sich zwar schwer in Heller und Pfennig ausdrücken lasse, das allerdings auch nicht umsonst zu haben sei. Besorgt wies Demiralp auf die zugespitzte Lage auf dem Balkan hin und mahnte bei seinen Kollegen ein verstärktes Engagement der NATO an.

Anschließend referierte der stellvertretende spanische Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft und Finanzen, **Rodrigo Rato**, über die Vorbereitungen Spaniens zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Eingangs erläuterte **Rato**, daß sein Land die zehnjährige Mitgliedschaft in der NATO dazu genutzt habe, einerseits sich den Standards der anderen EU-Länder anzunähern und andererseits die mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen anzunehmen. Der europäische Einigungsprozeß sei geprägt von politischer und wirtschaftlicher Integration. Mit der Einführung des Euro verlören die nationalen Währungen ihre Gültigkeit, und damit belege sich Europa auf ein unbekanntes Terrain. Positiv bewertete Rato den Euro als weltweit führende Währung, die sich neben dem Dollar sicherlich auch als Reservewährung etablieren werde. Garant für die Stabilität des Euro und Einhaltung der Kriterien sei die Europäische Zentralbank.

Um sich für den Euro zu qualifizieren, müßten die einzelnen Länder Kriterien erfüllen, die sie zu solider Haushaltsführung verpflichteten. Spanien habe dazu

den Wirtschaftssektor liberalisiert und Staatsunternehmen privatisiert. In nur zwei Jahren habe es die Staatsverschuldung deutlich von 7,5 auf 2 Prozent reduzieren können. Darüber hinaus habe Spanien seinen Außenhandel spürbar beleben können; allein in Lateinamerika seien 1997 1,5 Milliarden US-Dollar investiert worden. Mit seiner Wirtschaftspolitik verfolge Spanien zwei Hauptziele: Verringerung des Haushaltsdefizits und Umstrukturierung der Wirtschaft. Dabei sei die Liberalisierung energischer vorangetrieben worden als in vielen anderen europäischen Ländern. Parallel dazu pflege die Regierung einen ständigen Dialog mit den Sozialpartnern, um bei ihnen Akzeptanz für die notwendigen Reformen zu schaffen. Als Ergebnis dieser Bemühungen seien dort sehr flexible, auf die Bedürfnisse der Industrie, aber auch auf die Interessen der Beschäftigten ausgerichtete Arbeitszeitmodelle erarbeitet worden.

In der anschließenden Diskussion fragte zunächst Abg. **Zijlstra** (Niederlande), ob das Sanktionssystem für Länder, die bestimmte Stabilitätskriterien nicht erfüllen, auch wirklich funktionieren werde.

Wirtschaftsminister **Rato** führte dazu aus, der Stabilitätspakt gehe eher von der Voraussetzung aus, daß sich die Länder durch gegenseitige Einflußnahme untereinander kontrollierten, als daß auf Sanktionen zurückgegriffen werden müsse, die im übrigen auch nicht aus heiterem Himmel kämen. Bei ersten Anzeichen für ein Nichteinhalten müßte rechtzeitig gegengesteuert werden, Sanktionen seien mithin die „Ultima ratio“.

Abg. **Smith** (Vereinigtes Königreich) wollte wissen, was von dem Argument zu halten sei, der Globalisierungstrend entziehe dem EWS die Grundlage.

In seiner Antwort sagte **Rato**, der Euro eröffne der Union u. a. die Möglichkeit, sich vom Dollar stärker abzukoppeln und einen vergleichbaren Finanzmarkt wie in den USA zu schaffen.

Danach berichtete **Reid Figel** von der Betrugsabteilung der US-Staatsanwaltschaft über seine Erfahrungen mit dem organisierten Verbrechen, das auf dem US-Markt für Anteilspapiere operiere. Als Elemente der organisierten Kriminalität nannte Figel ein geplantes, organisiertes Verfahren der Geldwäsche unter Androhung von Gewaltanwendung. Diese Form der Kriminalität habe weltweit drastisch zugenommen und sei begleitet von der Unterwanderung der Sicherheitseinrichtungen. Innerhalb kürzester Zeit würden Scheinfirmen Finanzgeschäfte mit riesigen Profiten abwickeln. Zu den Geschädigten zählten größtenteils unerfahrene Kleininvestoren. Dafür, so erläuterte Figel weiter, würden Firmen von Immobilienmaklern infiltriert, um deren Infrastruktur für die Anmietung von Geschäftsräumen zu nutzen. Die im Telefonverkehr abgeschlossenen Geschäfte böten den Handlangern der organisierten Kriminalität breiten Spielraum, enorme Summen zu veruntreuen und anschließend unterzutauchen. Eindämmen könnte man diese Form der Kriminalität nur durch eine größere Transparenz und Aufmerksamkeit bei den Investoren. In den USA habe man mit einer besseren Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden darauf reagiert. Ein weiteres Instrument sei die

elektronische Überwachung und die Straffreiheit für Zeugen aus dem Milieu der organisierten Kriminalität.

Über die Erfahrungen in der Schweiz mit der organisierten Kriminalität berichtete anschließend **Carla del Ponte** Generalstaatsanwältin im Kanton Bern. Die Schweiz als Finanzplatz biete mit ihrer geringen staatlichen Kontrolle des Bankwesens einen idealen Nährboden für die organisierte Kriminalität, deren effiziente Bekämpfung äußerst schwierig sei. In den vergangenen acht Jahren habe die Schweiz harte Strafen verabschiedet und Banken die Möglichkeit eröffnet, bei Verdacht auf illegale Finanztransfers das Bankgeheimnis zu lüften. Daneben könne Rechtshilfe bei anderen von organisierter Kriminalität betroffenen Ländern ersucht werden. In der Schweiz sei eigens zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine Bundesbehörde eingerichtet worden.

Zum gleichen Thema legte Abg. **Zijlstra** (Niederlande) seinen Bericht „Grenzüberschreitende Organisierte Kriminalität – wachsende Gefahr für den Weltmarkt“ vor. In seinem Resümee bemerkte **Zijlstra**, daß bei den Diskussionen über organisierte Kriminalität vielfach die Verschärfung gesetzlicher Bestimmungen im Vordergrund stehe, er hingegen setze bereits bei der Prävention an. Gerade hier könne durch einen stärkeren Erfahrungsaustausch wertvolle Hilfe geleistet werden. Europol sollte seiner Meinung nach schnellstmöglich finanziell und rechtlich adäquat ausgestattet werden und seine Arbeit auch auf nicht EU-Länder in Mittel- und Osteuropa sowie Nordamerika ausdehnen. Parallel dazu müsse die Öffentlichkeit besser informiert und sensibilisiert werden, um eine Infiltration öffentlicher Einrichtungen durch kriminelle Gruppierungen zu erschweren. Schließlich sei auch eine Überprüfung des Bankgeheimnisses unvermeidlich, weil Transparenz der größte Feind des organisierten Verbrechens sei. Als weitere Maßnahmen sollten Grenzkontrollen zwischen mehreren Ländern koordiniert werden.

In der anschließenden Diskussion meldete sich zunächst Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) zu Wort und bemerkte kritisch, daß von großen Firmen zunehmend private Sicherheitsdienste beauftragt und der Staat damit aus seiner Verantwortung für die Sicherheit seiner Bürger entlassen würde.

Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich) ergänzte zu den Ausführungen des Berichterstatters, daß er kürzlich Europol besucht und dort erfahren habe, daß der Drogenhandel mittlerweile ein Geldvolumen in der Größenordnung der weltweiten Erdölexporte erreicht habe; das Verbrechen somit die Gesellschaft auslaugte.

Den Berichtsentwurf zur „Privatisierung in Ungarn, Polen und in der Tschechischen Republik“ stellte Berichterstatter **Zijlstra** (Niederlande) vor. Für eine abschließende Bewertung der Privatisierungsbemühungen sei es zwar noch zu früh, allerdings zeichneten sich bereits einige Trends ab. Dort, wo nicht sofort privatisiert werden könne, weil bislang die Marktmechanismen noch nicht funktionieren und eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung noch ausstehe,

müsse der Staat den Umwandlungsprozeß in Gang setzen.

Eine wichtige Quelle für Geld und „Know-how“ seien ausländische Investoren. Deshalb müßten die Regierungen unbürokratisch dafür sorgen, daß die Investitionsbereitschaft durch übersichtliche Bedingungen gefördert werde. Die Privatisierung der Banken nannte **Zijlstra** als eine weitere Grundvoraussetzung für die Einführung der Marktwirtschaft. Zur wirtschaftlichen und politischen Gesundung in den Reformstaaten sei die Einbindung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften unabdingbar, denn nur wenn der Reformprozeß von allen gesellschaftlichen Schichten getragen werde, könne er erfolgreich sein. Für diesen Zweck müßten geeignete Anreize angeboten werden. Verpflichtet sei die Regierung auch denjenigen gegenüber, die aufgrund der Umstrukturierung ihre Arbeit verlören; für sie müßte der Staat Hilfen bereithalten, wie z.B. Steuernachlässe, Umschulungen etc. Ebenso gefordert sei die Managementebene; hier gelte es Hierarchien abzubauen, Entscheidungsprozesse transparent zu machen und auf Kundenwünsche flexibel zu reagieren. Nicht vergessen dürfe man den Agrarsektor, der – solange er nicht privatisiert sei – öffentliche Gelder in beträchtlicher Höhe verschlinge, die man andernorts dringend benötige.

Die anschließende Aussprache nutzte Abg. **Payne** (Tschechische Republik) um einige Korrekturen im Berichtsentwurf anzubringen; Zeitungsberichte als Grundlage der Ausarbeitung kritisierte er als unzureichend, weil sie häufig zu grob und undifferenziert ausgerichtet seien. Als eine geeignete Quelle nannte **Payne** die offiziellen Statistiken der Regierung.

Als nächster Tagesordnungspunkt wurde der Entwurf eines Zwischenberichts zu den „Verteidigungsmärkten Mitteleuropas“ diskutiert.

Berichterstatter Senator **Alierta** (Spanien) erläuterte dazu, daß die Verteidigungsindustrie in den drei untersuchten Ländern Polen, Ungarn und Tschechien seit 1980 aufgrund von Umstrukturierungen und Entlassungen – wie in vielen westlichen Ländern übrigens auch – effizienter geworden sei. Das Überleben der Verteidigungsindustrie in Zentraleuropa hänge unmittelbar von ihrer Fähigkeit ab, sich dem Trend auf dem Marktsegment anzupassen, d.h. größere Konzentration, internationale Zusammenarbeit und Restrukturierung mit besonderem Augenmerk auf Marktnischen, die Potential für einen Wettbewerbsvorteil bieten. Westliche Firmen sähen in Mitteleuropa Chancen für Waffenverkäufe wie auch für „Joint-ventures“. Gerade die Produktion von Komponenten in Mitteleuropa mit seinen gut ausgebildeten Arbeitnehmern und deutlich niedrigeren Löhnen biete einen Wettbewerbsvorteil, der bereits ausländische Investoren angelockt habe. Andererseits sähen Rüstungshersteller aus den westlichen Ländern natürlich auch die Chance, in Mitteleuropa Absatzmärkte für ihre eigenen Produkte zu erschließen, insbesondere in den untersuchten drei Beitrittsländern. Für eine individuelle Zusammenarbeit oder einen Technologieaustausch gebe es so lange nur einge-

schränkte Entwicklungsmöglichkeiten wie Mitteleuropa ausschließlich überzählige Rüstungsgüter aus dem Westen erwerbe. In diesem Falle müsse sich Zentraleuropas Verteidigungsindustrie mit den Bereichen Wartung, Reparatur und Ausbildung begnügen.

Gegen Ende seiner Ausführungen gab **Alierta** den Anwesenden zu bedenken, daß Europas Verteidigungsindustrie nur dann überlebensfähig sei, wenn sie einen mit den Vereinigten Staaten konkurrenzfähigen integrierten Markt schufen. Die Rüstungsfirmen der europäischen NATO-Mitglieder müßten noch sehr viel rascher als bislang zusammenwachsen und dabei auch die mitteleuropäischen Partner berücksichtigen.

Ohne Aussprache nahm der Wirtschaftsausschuß den Entwurf eines Zwischenberichts über die „EU-Erweiterung, WTO und die Agrarreform in Europa“ zur Kenntnis. Dazu faßte Abg. **Helminger** (Luxemburg) einige Kerngedanken zusammen. Den Kräften des Europäischen Agrarmarktes breiteren Raum zu geben, könne positive Auswirkungen haben: Preisrückgang, Abbau der Bürokratie, größere Wettbewerbsfähigkeit etc. Langfristig könnten auch die riesigen Überschüsse und – damit einhergehend – der Apparat zur Festlegung von Produktionsquoten abgebaut werden. Die Liberalisierung würde damit die größte Hürde für die EU-Erweiterung abbauen, denn unter den gegenwärtigen Umständen würden die alten wie neuen EU-Mitglieder mit unzumutbar hohen Kosten belastet. Die Einführung von Marktmechanismen sei allerdings nicht gleichbedeutend mit vollständiger Liberalisierung. In vielen Regionen sei ein komplett auf Wettbewerb ausgerichtetes Modell ohne zusätzliche Infrastrukturhilfen nicht umzusetzen.

Für den Anpassungsprozeß benötige man viel Zeit, wobei eine radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik den Landwirten im Osten sicher keine Nachteile, ihren Kollegen im Westen hingegen schon beschere würde, denn bei den einen würden die Einkommen steigen, bei den anderen sinken, was auch nicht gänzlich durch Einkommensbeihilfen aufgefangen werden könne. Der Weltmarkt könne dafür einen Ausgleich bieten, sofern die Landwirte der EU ihre Wettbewerbsfähigkeit steigerten. Auf jeden Fall müsse dieser Prozeß behutsam und unter Berücksichtigung des sozialen Friedens in ländlichen Regionen gesteuert werden.

Angesichts des unausweichlichen Reformbedarfs sei die Gemeinsame Agrarpolitik mit einer beweglichen Zielscheibe vergleichbar, für zukünftige Mitglieder sei das Ziel Agrarsystem schwer ins Visier zu nehmen. Sollte die EU ihre Reformen rasch voranbringen, wäre die Situation für die zukünftigen neuen Mitglieder leichter durchschaubar und planbar. Zum Ende seiner Ausführungen wies **Helminger** darauf hin, daß eine Regelung für die ärmeren Regionen erforderlich sei.

Ausschuß für Wissenschaft und Technologie

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie, Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staa-

ten), eröffnete die eintägige Sitzung am 24. Mai 1998. Als erste Gastrednerin referierte die spanische Umweltministerin, **Isabel Tocino Biscarolasaga**, über Maßnahmen zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung. Einleitend bemerkte Isabel Tocino Biscarolasaga, daß Spanien als relativ „junges“ NATO-Mitglied bereits 1975 in Barcelona die Forderung nach einem umfassenden, länderübergreifenden Mittelmeerschutz geäußert habe. Dies sei der Einstieg zu Partnerschaften unter den Anrainern der über 146000 Kilometer Mittelmeerküste gewesen. Angesichts der großen Bevölkerungsdichte im Küstengebiet sei bei allen Ländern das Verantwortungsbewußtsein dafür gewachsen, das Mittelmeer als reiches Ökosystem nachhaltig zu schützen. Als Basis für das gemeinsame umweltpolitische Vorgehen diene die 1972 zum Abschluß der Stockholmer Konferenz abgegebene Erklärung über die Grundrechte der Menschheit auf eine angemessene Lebensqualität und Umwelt. Damit sei bei den Menschen als individuellen aber auch bei der Industrie als hauptsächlichen Umweltverschmutzern ein Umdenken dahin gehend in Gang gesetzt worden, daß generell die Notwendigkeit akzeptiert worden sei, Umweltschäden weitgehend zu vermeiden beziehungsweise rückstandsfrei zu beseitigen.

Angeichts der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen habe die Regierung Spaniens kürzlich 66 Pilotprojekte aufgelegt. Im einzelnen gehe es dabei um die Themen: integratives Management der Mittelmeerküste, Verknüpfung von Verkehrs- und Tourismusproblemen, Verwaltung von Wasservorräten, Abfallvermeidung und -entsorgung sowie die fortschreitende Ausbreitung von Wüsten. Das Umweltministerium koordiniere Expertenwissen und berate die Regierung zu Fragen, wie der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter umweltpolitischen Aspekten oder des Exportes „grüner“ Technologien. Als Dreh- und Angelpunkt der Arbeit ihres Ressorts unterstrich die Ministerin abschließend die zentrale Bedeutung einer grenzüberschreitenden Kooperation.

In der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Nolin** (Kanada), ob die Regierung dem Umweltressort ausreichende finanzielle Mittel für den Umweltschutz zur Verfügung stelle, ferner ob es vor der Lizenzierung von staatlich geförderten Projekten gehört werde und bei schweren Bedenken zur Umweltverträglichkeit die beanstandeten Projekte letztlich auch verhindern könne. Die Ministerin bemerkte dazu, daß Spanien die EU-Richtlinien für die Umweltverträglichkeitsprüfung als unzureichend betrachte und sich innerhalb der EU für deren Verschärfung engagiere. In Spanien hätten die autonomen Regionen – auch im Umweltbereich – weitgehende Befugnisse. Das Umweltministerium sei erst vor zwei Jahren geschaffen worden, und die Zusammenarbeit und klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Umweltministerien der Regionen und ihrem Haus sei noch verbesserungsfähig; bei Interessenkollisionen zwischen Bund und Land habe jedoch ihr Ressort die letzte Entscheidungsgewalt.

Auf die Frage von **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), wie Spanien das Problem der Entsorgung

von Nuklearabfall löse, verwies Umweltministerin **Biscarolasaga** darauf, daß die Nuklearpolitik in die Zuständigkeit des Industrieministeriums falle.

Abg. **van Waning** (Niederlande) erkundigte sich nach der Koordinierung der Mittelmeeranrainer bei der Küstenwache und bei Verschmutzungen durch Schiffe. Die Ministerin beklagte das bei manchen Ländern mangelnde Umweltbewußtsein, verwies zugleich jedoch auf Initiativen einzelner Mittelmeerländer, um bei Zwischenfällen über die Schifffahrts- und Industrieministerien als Schaltstelle die erforderlichen Maßnahmen zu koordinieren.

Als nächster Redner referierte Dr. **Anthony Parry** von „British Aerospace“ über „Umwälzungen auf dem Militärssektor aus Sicht der Industrie“. Zu den Umwälzungen zählte Parry die innovative Anwendung neuer Technologien in Verbindung mit veränderten Doktrinen sowie militärisch-operationellen Konzeptionen, wobei allerdings der Technologieschub wichtiger sei als das operationelle Konzept. Aus dem Golfkrieg seien wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen zur Informations-, Aufklärungs- und Satellitentechnologie sowie Befehls- und Kontrollebene gewonnen worden. Zu den neuen technologischen Trends zählten Informationskriegsführung, weltraumgestützte Technik sowie der Umgang mit den Medien. Gegenwärtig basiere die Militärstrategie auf der Fähigkeit, Ziele präzise anzusteuern, den Zerstörungsgrad zu „dosieren“ und verstärkt nichttödliche Waffen einzusetzen. Problematisch dabei sei jedoch, bei einem weniger gut gerüsteten Gegner angemessen, d.h. nicht mit dem vollen zur Verfügung stehenden Potential, zu reagieren. Bei den nichttödlichen Waffen seien Entwicklungen im Gange, wie z.B. Licht- und Lärmefekte, Informationstechnologien, Kleb- und Schaumstoffe etc. Auch wenn diese Waffen neue militärische Möglichkeiten eröffneten, könnten sie die tödlichen Waffen dennoch nicht ersetzen. Hand in Hand mit der veränderten Militärdoktrin, den CJTF, Sondereinheiten und der Flexibilisierung müsse nach seiner Auffassung auch eine strukturelle Veränderung insofern gehen, als z.B. Hierarchien abzubauen und die nächste Generation konventioneller Waffen zu entwickeln wäre. Dabei falle der Industrie die Aufgabe zu, die entsprechenden Technologien zu entwickeln und die von der Regierung verabschiedeten Vorgaben zu erfüllen.

Bei der anschließenden Diskussion fragte Abg. **Smith** (Vereinigtes Königreich), ob die Kosten-Nutzen-Relation angemessen sei, zumal in den meisten europäischen Ländern die angespannte Haushaltslage eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets nicht zulasse; auch sehe er nicht, wie die neuen Beitrittsländer und -aspiranten dies leisten könnten. **Parry** entgegnete, daß vor allem ständige Änderungswünsche des Auftraggebers die Kosten für militärisches Gerät in die Höhe trieben.

Zum Thema nichttödliche Waffen kritisierte Abg. **Parrish** (Kanada), daß in Europa immer noch Antipersonenminen produziert würden. **Parry** merkte dazu an, daß seine Firma diese Waffen nicht herstelle und mit Hochdruck an der Entwicklung alternativer nichttödlicher Waffen arbeite.

Anschließend faßte Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) den Entwurf seines Generalberichts über das Abkommen zum Treibhauseffekt zusammen, das im Dezember 1997 unter Beteiligung von 160 Staaten in Kyoto diskutiert und verabschiedet worden war. Damit sei erstmals eine große Staatengruppe übereingekommen, die Treibhausgasemissionen zu begrenzen und den begleitenden Verhandlungsprozeß zu verstetigen. Der weiteren Reduzierung von Emissionen stünden im wesentlichen drei Hindernisse im Wege: erstens unzureichende wissenschaftliche Beweise für die Treibhausgase als Verursacher der globalen Klimaveränderungen, zweitens ein starkes Eigeninteresse bei den Ländern, die entweder fossile Brennstoffe produzieren oder Treibhausgas in großem Umfang emittieren, und drittens die Weigerung vieler Entwicklungsländer, Grenzwerte für ihre Emissionen festzulegen, weil sie befürchteten, damit das Wirtschaftswachstum in ihrem Land zu bremsen.

Zu den Kosten liege eine Studie des US-Umweltministeriums vor, die belege, daß die Industriebetriebe ihre Emissionen durch einen effizienteren Energieeinsatz begrenzen und zugleich sogar Kosten einsparen könnten.

Abg. **Lothar Ibrügger** faßte zusammen, daß auch ohne Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums die Treibhausgasemissionen begrenzt werden können. Sobald eindeutige wissenschaftliche Beweise für die Emissionen als Ursache der Klimaveränderungen vorlägen, könnten die Regierungen schärfere Maßnahmen ergreifen. Unabhängig davon seien schon jetzt Anstrengungen für eine effiziente Energienutzung notwendig und vernünftig. Auf die Frage des Abg. **Kenny** (Kanada), ob es sinnvoll gewesen sei, Geld dafür auszugeben, einzelne durch Umweltverschmutzung verursachte Schäden zu beseitigen statt diese Ressourcen in die Erforschung der Ursachen zu investieren, entgegnete Abg. **Lothar Ibrügger**, daß es sich dabei um einen fortlaufenden Prozeß handle, der sorgfältig beobachtet werden müsse.

Mit großem Nachdruck appellierte Sir **Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) an die Regierungen, die von Treibhausgasemissionen verursachten Klimaveränderungen wahrzunehmen und sie zum Anlaß zu nehmen für sehr viel weitreichendere Maßnahmen als die in Kyoto vereinbarten.

Ohne Aussprache nahm der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie den Berichtsentwurf über den „Transfer konventioneller Rüstung“ zur Kenntnis. Berichterstatter Abg. **Roesjorde** (Norwegen) erläuterte dazu, daß es zwar viele überzeugende Gründe für Rüstungsexportbeschränkungen gebe, deren Umsetzung jedoch deshalb schwierig sei, weil weltweit viele Rüstungsfirmen Hunderttausende von Arbeitnehmern beschäftigten. Erschwerend komme hinzu, daß sobald ein Exporteur von Waffenverkäufen absehe, das frei gewordene Marktsegment von Konkurrenten anderer Länder besetzt werde. Gleichwohl seien sowohl aus dem Golfkrieg als auch den „Peace-keeping“-Missionen in Somalia und Bosnien die Lehren gezogen worden, daß der Kunde von

heute der Gegner von morgen sein könne. Ansatzpunkte für die Begrenzung internationaler Waffenexporte böten das VN-Waffenregister sowie der „code of conduct“ der EU.

Als nächste berichteten Dr. **Roland Schmitt** und **Paul Rambaut** von der Abteilung Wissenschaft und Umwelt der NATO über die Umsetzung der Empfehlungen der „High Level Review Group“ zum Wissenschafts- und Umweltprogramm der NATO.

Angesichts der weltweiten Veränderungen stelle sich die NATO auf die neue Situation ein und habe in diesem Kontext auch die Ziele ihres Wissenschaftsprogramms überprüft. Dazu sei die „High Level Review Group“ mit folgenden Aufgaben eingesetzt worden: Überprüfung der Ziele; Kosten und Ergebnisse des Wissenschaftsprogramms; Bewertung der Gewichtung der einzelnen Programmkomponenten; Einschätzung des gegenwärtigen Programms für die zukünftige Arbeit der NATO; Empfehlungen für das zukünftige Wissenschaftsprogramm auf strategischer und operationeller Ebene. Bis Ende 1998 solle dem Wissenschaftsausschuß und dem Rat ein Bericht vorgelegt werden. Seit ihrer Einsetzung könne die „High Level Review Group“ bislang folgende Arbeitsergebnisse vorweisen: über 100 persönliche Befragungen mit Vertretern aus NATO- und Partnerstaatsländern zum Wissenschaftsprogramm; detaillierte persönliche Präsentationen von jeweils 2 Stipendiaten aus dem jeweiligen Programmsegment; Überprüfungen der Haushalts- und Prüfungsvorschriften sowie die Auswertung umfangreichen Materials. Ergänzend fügte Paul Rambaut hinzu, daß ca. 60 % des Wissenschaftsprogramms den Bündnispartnern in Form von Stipendien und Forschungszuschüssen zufließen, weitere 20 % etwa für „outreach“-Aktivitäten verwendet und die verbleibenden 20 % für konkrete Projekte ausgegeben würden. Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit sollten verteidigungsbezogene Bereiche als Scharnier zwischen der NATO und den Partnerländern sein. Im übrigen verstehe die NATO ihr Programm als Wissenschaft für den Frieden.

Abschließend erläuterte der Vorsitzende Sir **Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) die zukünftigen Aktivitäten seines Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“: Bedrohung durch nukleare, chemische oder biologische terroristische Anschläge, Vernichtung von Massenvernichtungswaffen in der früheren Sowjetunion, transatlantische technologische Kluft und „Jahrtausendbombe“. Bedauern äußerte er über die mangelnde Kooperationsbereitschaft der indischen Ansprechpartner bei dem geplanten Besuch zum Thema Teststoppabkommen; als neuer Termin für eine Ausschußreise sei nun der Spätherbst avisiert.

Zum Schluß der Sitzung äußerte Abg. **van Waning** (Niederlande) sein Bedauern darüber, aus dem niederländischen Parlament und damit auch dem Wissenschaftsausschuß der NAV ausscheiden zu müssen. Der Ausschuß wählte anschließend Abg. **Ehlors** (Vereinigte Staaten) zum Nachfolger von van Waning als stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“.

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für Zivile Angelegenheiten tagte am 23. Mai 1998 unter dem Vorsitz von Senator **Gian-Giacomo Migone** (Italien). Im Mittelpunkt der Beratungen des Ausschusses standen die Lage auf dem Balkan, der Nahost-Friedensprozeß sowie die Bekämpfung des organisierten Verbrechens.

Den Generalbericht des Ausschusses über die Stabilität in Südosteuropa stellte der französische Senator **Paecht** vor. Die Lage auf dem Balkan und die Stabilität in Südosteuropa, die durch ständige Veränderungen gekennzeichnet seien, bedürften einer kontinuierlichen Beobachtung, stellte der Berichterstatter einleitend fest. Sein Bericht konzentrierte sich im wesentlichen auf die regionalen Mächte Serbien und Kroatien, behandle aber auch die sich zuspitzende Lage im Kosovo. Bei der Betrachtung der derzeitigen Machtverhältnisse in Ex-Jugoslawien stelle sich vor allem die Frage, über welche Macht Milošević noch verfüge. Seine Position sei geschwächt, aber noch immer übe er großen Einfluß aus. Dabei stütze er sich in erster Linie auf die Polizei und die Medien. Zu sehen sei auch, daß man von einer Mitwirkung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen noch weit entfernt sei. Über die Effizienz der Sanktionen müsse nachgedacht werden, da sie sich im wesentlichen auf die Bevölkerung und kaum auf die verantwortlichen Politiker auswirkten. Die Prognosen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage seien düster. Die Inflation sei hoch, ein Überleben nach sowjetischem Muster kaum noch vorstellbar, und die ständigen Spannungen mit Montenegro seien in dieser Hinsicht auch nicht hilfreich.

Das Pulverfaß Kosovo gebe besonderen Anlaß zur Besorgnis, weil man bis jetzt geglaubt habe, der Widerstand der Kosovo-Albaner sei friedlicher und eher passiver Art. Mit der Entstehung der sogenannten Befreiungsarmee (UÇK) habe sich die Lage jedoch verändert, und die derzeitigen Entwicklungen seien höchst alarmierend. Wenn man von einer Verpflichtung der Staatengemeinschaft zu einem Eingreifen spreche, müsse zunächst das Wo und Wie geklärt werden.

Auch in Mazedonien habe sich die Situation nicht im positiven Sinne verändert. Noch immer gebe es etliche Spannungen, und man befürchte große Schwierigkeiten nach einem Abzug der UNPREDEP-Truppen. Trotz allem sei aber auch festzustellen, daß sich die pluralistische Demokratie weiter verfestigt habe, die Marktwirtschaft Fortschritte mache, die wirtschaftliche Lage aber leider schlecht sei, weil auch Makedonien unter den Folgen der Wirtschaftssanktionen leide. Senator Paecht sprach sich nachdrücklich dafür aus, besonders in Anbetracht der Lage im Kosovo, die VN-Truppen weiter in Mazedonien zu belassen.

In bezug auf Albanien sei festzustellen, daß das Land nach Bürgerkrieg und Anarchie jetzt auf allen Ebenen auf dem Weg der Gesundung sei und durch westliche Unterstützung und Hilfe, u. a. das Polizeikontingent der WEU, auch bei der Wiederherstellung von Recht und Ordnung gute Fortschritte mache. Nicht übersehen werden dürfe allerdings, daß groß

angelegte Schmuggelaktivitäten, illegaler Waffenhandel und Gewaltverbrechen das Land weiterhin vor große Probleme stellten. Die vorsichtige Politik von Ministerpräsident Nano, die Erwartungen der Kosovo-Albaner in bezug auf ihre Unabhängigkeit zu dämpfen, müsse vom Westen unterstützt werden.

Eingehend auf die Situation in Bosnien-Herzegowina erinnerte der Berichterstatter daran, daß knapp drei Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton der massive Truppeneinsatz der IFOR/SFOR und die enorme finanzielle Unterstützung durch die Staatengemeinschaft und internationale Organisationen langsam erste Ergebnisse zeigten, daß jedoch weiterhin eine ständige Beobachtung der Lage und Anstöße in die richtige Richtung unerlässlich seien. Häufige Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Kroaten verhinderten die notwendige Aussöhnung, die Einrichtung funktionierender staatlicher Institutionen und den wirtschaftlichen Aufschwung. Die Nominierung von Milorad Dodik als Ministerpräsident der Republik Srpska sei eine der wichtigsten Entwicklungen der letzten Zeit gewesen. Seine Bereitschaft, mit der Kontaktgruppe zusammenzuarbeiten, verstärke die Hoffnungen auf umfangreiche Wiederaufbauhilfe für die Republik Srpska durch den Westen. Die Septemberwahlen seien der Testfall für Bosnien, seine Fähigkeit als friedlich integriertes, multi-ethnisches Land unter Beweis zu stellen. Die Rückführung der Flüchtlinge unter sicheren Bedingungen sei eine weitere Bewährungsprobe für das Land, für das sich die Verlängerung des SFOR-Mandats als eine weise Entscheidung erwiesen habe. Zusammenfassend stellte Senator Paecht fest, daß die Zukunft aller Balkanstaaten in der regionalen Kooperation als solcher und als einer Möglichkeit der Annäherung an die euro-atlantische Integration liege. Bereits jetzt gebe es für die meisten dieser Staaten einen unterschiedlichen Status sowohl in bezug auf die NATO als auch die EU. Zu sehen sei aber auch, daß einige der aus Ex-Jugoslawien hervorgegangenen Länder noch keine große Bereitschaft zeigten, enge Beziehungen zu Nachbarstaaten aufzunehmen. Auf diese Zusammenarbeit hinzuwirken, aber auch den Entwicklungen in Südosteuropa ständige Aufmerksamkeit zu schenken, ebenso wie nachdrückliche Anstrengungen, den Kosovo-Konflikt durch friedliche Mittel zu beenden, gehöre zu den wichtigsten Aufgaben der Staatengemeinschaft. Dabei komme der humanitären, wirtschaftlichen und technischen Unterstützung Priorität zu. Die Sanktionen gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien sollten im wesentlichen aufrechterhalten und nur schrittweise gelockert werden. Ferner sei eine militärische Präsenz des Bündnisses nach Beendigung des UNPREDEP-Mandats in der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien zu erwägen. Der von Ministerpräsident Dodik in der Republik Srpska eingeschlagene Kurs müsse auf angemessenem diplomatischen und finanziellen Weg unterstützt werden, ebenso wie die von Präsident Djukanovic in Montenegro vertretene Gruppe. Der Druck auf Kroatien, für eine volle Integration der Serben im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben zu sorgen, müsse weiter bestehen bleiben, und der Westen müsse alles in seiner Macht Stehende tun, um eine Eskalation

des Kosovo-Konflikts zu verhindern und die bedingungslose Wiederherstellung des Autonomiestatus des Kosovo in der Föderation herbeizuführen.

Zum Thema Kosovo-Konflikt hatte der Ausschuß Frau **Edita Tahiri** als Vertreterin des Führers der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, eingeladen, über die derzeitige Situation im Kosovo zu berichten. Frau Tahiri erklärte, daß nach neunjährigen friedlichen Bestrebungen um eine Autonomie des Kosovo einige Mitglieder der Befreiungsbewegung jetzt versuchten, ihre Vorstellungen gewaltsam umzusetzen, weil die Angriffe Serbiens auf die Kosovo-Albaner immer weiter eskaliert seien. Hinsichtlich der politischen Führung habe sich gezeigt, daß „Präsident“ Rugova von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werde. Dies bedeute auch Unterstützung für eine friedliche Lösung. Frau Tahiri wies aber auch darauf hin, daß sich die derzeitigen Auseinandersetzungen noch verschärfen würden, wenn sich die Staatengemeinschaft nicht zu einem Eingreifen entschließen könne. Angesichts der aus dem Bosnien-Konflikt gezogenen Lehren sei ein präventives Eingreifen unerlässlich. Die Ausrottungspolitik der Serben dürfe nicht toleriert werden. Ibrahim Rugova habe seine Verhandlungsbereitschaft bei einem Treffen mit Milošević gezeigt. Die Staatengemeinschaft sollte ihn unterstützen und dazu beitragen, daß sich die Gewalt nicht über die Grenzen hinweg verbreitete.

In der anschließenden Diskussion stellte Senator **Paecht** (Frankreich) die Frage, ob sich die Staatengemeinschaft nach Auffassung von Rugova für eine Rückkehr zum Autonomiestatus des Kosovo oder für eine darüber hinausgehende Lösung einsetzen solle. Der makedonische Abg. **Ruzin** fragte, ob mit der Unabhängigkeit des Kosovo nicht das Abkommen von Dayton gefährdet werde, und der albanische Abg. **Xhaferi** befürchtete große Probleme durch die internationale Apathie und aufgrund der Tatsache, daß sich Milošević bislang an keine der Forderungen der Kontaktgruppe gehalten habe. Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) erklärte, daß Dayton kein statischer Prozeß sein dürfe, sondern weiter entwickelt werden müsse. Zum anderen stelle sich für manche die Frage, warum man Slowenien die Unabhängigkeit zugestehe, aber nicht dem Kosovo. Das Interessenpoker verschiedener Länder in der Region sei nicht hilfreich bei der Suche nach einer dauerhaften Lösung. Die Bereitschaft der NATO-Staaten, dem zuzusehen, sei nicht unbegrenzt. Das organisierte Verbrechen in der Region habe Ausmaße angenommen, die großen Ärger und Besorgnis in Europa hervorriefen. Auch Deutschland sei davon betroffen. Man müsse sich die Frage stellen, ob man in den vergangenen Jahren Fehler gemacht habe bei der Art und Weise, wie man Rest-Jugoslawien behandelt habe. Die Frage stelle sich aber auch, ob und wie man Serbien in den Kreis der demokratischen Staaten integrieren könne. An Frau Tahiri gerichtet, stellte Abg. Schulte die Frage, welche Chancen sie für eine Zusammenarbeit mit Serbien sehe, und ob es nach einer Lösung des Konflikts bei einem unabhängigen Kosovo bleiben oder ob man sich mit Albanien vereinigen werde.

Auf die ihr gestellten Fragen entgegnete Frau **Tahiri**, daß sich die Spirale der Gewalt nicht noch weiter

drehen dürfe. Die Reaktion der Staatengemeinschaft dürfe nicht in einem Abwarten auf die Katastrophe bestehen. Man habe bereits die Erfahrung gemacht, daß der zu zahlende Preis besonders hoch sei, wenn das Engagement der Staatengemeinschaft erst zu einem viel zu späten Zeitpunkt erfolge. Frau Tahiri betonte, daß der Wille der Bevölkerung, nämlich eine Lösung in Form der uneingeschränkten Selbstbestimmung, respektiert werden müsse. Es werde alles versucht, um einen Krieg zu verhindern. Die Entsendung einer internationalen Beobachtermission und von Konfliktverhütungstruppen der NATO wären sehr hilfreich. Auf die Autonomiefrage eingehend, erwiderte Frau Tahiri, daß 90 % der Kosovo-Albaner unter einer Minderheit gelitten hätten und daß Jugoslawien als Föderation dreimal gescheitert sei. Ein demokratisches Kosovo strebe gute nachbarschaftliche Beziehungen und ein gleichberechtigtes Mit-einander in Europa an.

Der Ausschuß hatte als Gastredner den Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina, **Carlos Westendorp**, eingeladen, über seine Mission in Bosnien und deren Durchführung zu berichten.

Wenn Bosnien derzeit kaum noch in den Schlagzeilen der Zeitungen erwähnt werde, so sei dies ein positives Zeichen dafür, daß sich die Entwicklungen in die richtige Richtung bewegten, erklärte Carlos Westendorp zu Beginn seiner Ausführungen. Zweieinhalb Jahre nach Dayton sei das Wichtigste, daß noch immer Frieden herrsche. Dies sei in erster Linie ein Erfolg von SFOR/IFOR und den daran beteiligten 36 Ländern. Daher sei auch die Verlängerung des Mandats sehr zu begrüßen. Wenn auch bei den jetzt zu bewältigenden Aufgaben zivile Organisationen die Richtung vorgäben, so könne man dennoch nicht auf die militärische Unterstützung verzichten. In den ersten Monaten sei es darum gegangen, die feindlichen Truppen zu trennen, jetzt gehe es darum, mit militärischer Hilfe das Erreichte zu konsolidieren. Aber ohne eine erfolgreiche zivile Umsetzung gerate auch der langfristige Erfolg der militärischen Aspekte in Gefahr. In den vergangenen neun Monaten seien Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Die erfolgreiche Besetzung der bosnisch-serbischen Fernsehsender habe die Umstrukturierung der nationalen Medien eingeleitet und die Durchsetzung der entsprechenden Beschlüsse von Dayton ermöglicht. Sie zeige auch, daß man entschlossen sei, Dayton weiter umzusetzen und keine Obstruktionen durch ultranationale Politiker hinzunehmen. Dies sei u.a. auch möglich gewesen aufgrund der Erweiterung der Befugnisse des Hohen Beauftragten durch die Konferenz des Friedensimplementierungsrates in Bonn. Diese Befugnisse würden von ihm sparsam und mit großem Bedacht genutzt. Sie ermöglichten ihm, eine neue Dynamik einzuführen und wieder Bewegung in die in manchen Bereichen festgefahrene Situation zu bringen. Die Wahl von Dodik in der Republik Srpska habe die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes entscheidend verändert. Als in diesem Jahr positiv zu verzeichnende Entwicklungen seien die verbesserte Bewegungsfreiheit, die Einführung neuer Autokennzeichen und die Verbesserung des Post- und Telefonverkehrs zu nennen.

Die Wirtschaftslage in Bosnien erhole sich weiter, und ein rasches Wachstum sei festzustellen. Auch die von IMF und Weltbank gestellten Forderungen hinsichtlich der Kreditvergabe könnten von allen drei Gebietseinheiten erfüllt werden. Bosnien habe eine neue Währung, neue Pässe und eine neue Nationalflagge eingeführt. Ein neues Gesetz über Zölle und Auslandsinvestitionen sei verabschiedet und die Ergebnisse der Kommunalwahlen weitgehend umgesetzt worden. Leider habe es aber auch Rückschläge und Enttäuschungen gegeben. Die ethnischen Auseinandersetzungen in Serbien infolge der Rückführung der Flüchtlinge und der Widerstand der Hardliner erinnerten immer wieder daran, daß Bosnien noch nicht in der Lage sei, ohne bedeutende internationale Unterstützung zu überleben. An die bosnischen Führer müsse aber auch die Warnung gerichtet werden, endlich die Geschicke des Landes verantwortungsbewußt selbst in die Hand zu nehmen und die enorme zur Verfügung gestellte internationale Hilfe zu nutzen, da diese Hilfe nicht unbegrenzt und unbefristet sei. Die im September 1998 stattfindenden Wahlen gäben dem bosnischen Volk die Chance, die Zukunft des Landes selbst zu bestimmen und ein modernes Bosnien zu schaffen. Durch Gewährleistung des Zugangs zu freien und unabhängigen Medien wolle die Staatengemeinschaft diese Wahlvorbereitung ebenso unterstützen wie durch eine öffentliche Informationskampagne, die gerade im bosnischen Fernsehen anlaufe. Die Wahl einer gemäßigteren Regierung in der Republik Srpska, die sich dem Abkommen von Dayton verpflichtet fühle, zeige schon erste Ergebnisse für die dort lebenden Menschen, nämlich in Form massiver internationaler Hilfe, die bislang blockiert gewesen sei. Die zweite wichtige Aufgabe für dieses Jahr sehe er in der Rückführung der Flüchtlinge. Mehr als 400 000 Flüchtlinge und Vertriebene seien seit Dayton zurückgekehrt, die Mehrzahl von ihnen allerdings in Gebiete, in denen sie in der ethnischen Mehrheit seien. Die schwierige Aufgabe liege jetzt in der Rückführung in Gebiete, wo die Flüchtlinge in der Minderheit seien. Die bosnischen Behörden hätten sich Anfang des Jahres verpflichtet, 20 000 Rückführungen in Minderheitsgebiete im Verlaufe des Jahres sicherzustellen. Das von Sarajewo ausgehende Signal einer multi-ethnischen und toleranten Stadt habe großen Symbolcharakter. Natürlich müsse die Sicherheit der zurückkehrenden Menschen oberstes Gebot sein, was wiederum eine verlässliche professionelle, multi-ethnische Polizei voraussetze. Von diesem Ziel sei man allerdings noch weit entfernt. Ganz wichtig für einen dauerhaften Frieden sei auch das Wirtschaftswachstum. Hinweise auf wirtschaftliche Verbesserungen seien die zurückgehende Arbeitslosigkeit im gesamten Lande, ein steigendes Bruttosozialprodukt, steigende Löhne und die Wiederherstellung des Straßennetzes und der Brücken im Land sowie der Strom- und Wasserversorgung, die Instandsetzung von Häusern und Schulen sowie die Öffnung der Flughäfen. Notwendig sei aber auch eine Liberalisierung der Wirtschaft und die Einführung eines Regulierungsrahmens für die Marktwirtschaft. Die Privatisierung müsse beschleunigt und alte kommunistische Vorstellungen unter Politikern, Unternehmern und der Bevölkerung durch ein neues Denken ersetzt

werden. Schon jetzt kämen erste ausländische Investoren nach Bosnien, um die Lage zu erkunden. Eindringlich forderte Westendorp am Schluß seiner Ausführungen die Staatengemeinschaft dazu auf, das bisher Erreichte zu konsolidieren und die Glaubwürdigkeit des Bündnisses und derjenigen, die sich an den SFOR/IFOR Truppen beteiligt hätten, nicht dadurch in Frage zu stellen, daß man eine halberledigte Arbeit zurücklasse. Jeder Tag und jede Hilfe zähle, damit in Bosnien wieder die Normen und Werte hergestellt werden könnten, zu deren Beachtung sich die demokratischen Länder verpflichtet hätten.

Nach den Ausführungen zum Thema Balkankonflikt erläuterte Carlos Westendorp auf Fragen nach den größten Hindernissen für rasche Fortschritte in Bosnien-Herzegowina, daß man aufgrund der monolithischen staatlichen Strukturen dazu neige, einzelne ethnische Gruppen zu verteidigen und Unterschiede zwischen den Gruppen in übertriebener Weise hervorzuheben. Fast alle politischen Parteien des Landes seien ultranationalisiert. Bei den zu besetzenden Arbeitsplätzen werde immer auf die Parteizugehörigkeit geachtet. Die Neuausrichtung und Umwandlung der Medien in freie und objektive Medien sei ein weiteres großes Problem. Auf die Frage der britischen Abg. **Mahon** nach der Vermischung der ethnischen Gruppen im Schul- und Bildungswesen erwiderte Westendorp, daß im Schul- und Bildungsbereich dank der Unterstützung durch UNESCO erste Reformen erfolgreich durchgeführt worden seien. Aber auch hier wie in anderen Bereichen hänge viel von den Ergebnissen der Septemberwahlen ab. Eingehend auf das Flüchtlingsproblem stellte Westendorp fest, daß der neue Präsident Dodik sich verpflichtet habe, 70 000 Flüchtlinge noch vor den Wahlen in der Republik Srpska aufzunehmen. Realistischerweise müsse man davon ausgehen, daß ungefähr die Hälfte davon zurückkehren könne. Die italienische Abg. **Nadini** betonte, daß zur Erreichung weiterer Fortschritte in Bosnien die Polizeikräfte verstärkt, Anstrengungen zur Festnahme der Kriegsverbrecher intensiviert und auch das auf die Nachbarländer wie Italien übergreifende Flüchtlingsproblem mit größerem Nachdruck einer Lösung zugeführt werden müßten. Abg. **Moya** (Spanien) stellte die Frage, inwieweit die neuen politischen Führer des Landes repräsentativ für die Gesellschaft seien. Wenn ihre radikale Denkweise die Mehrheit der Bevölkerung verkörpere, so sei dies ein schlimmes Zeichen. Aber auch wenn sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung verträten, so wäre dies wegen der entstehenden Kluft zwischen beiden nicht zu begrüßen. **Westendorp** bestätigte, daß die Tatsache, daß sich Kriegsverbrecher wie Karadzic und Mladic auf freiem Fuß befänden, nicht gut für die Weiterentwicklung des Friedensprozesses sei und daß die erfolgreiche Eingliederung der Flüchtlinge die Nagelprobe für die Versöhnung sein werde. Im Wahlkampf müßten die gemäßigten Parteien und die Schaffung einer neuen Parteienkultur und Politiker- generation von der Staatengemeinschaft unterstützt werden.

Im Anschluß an die Ausführungen von Carlos Westendorp legte Abg. **Gheorghiu** (Rumänien) seinen

Bericht über die „Medien und den Bürgerkrieg – die Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina“ vor. Abg. Gheorghiu stellte zu Beginn seiner Ausführungen fest, daß eine große Zahl von Menschen in Bosnien-Herzegowina weniger aufgrund des interethnischen Hasses, sondern vielmehr aufgrund von Angst und Einschüchterung zu Opfern des Krieges geworden seien. Dabei habe die Instrumentalisierung der Angst durch die Medien eine große Rolle gespielt. Jedoch sei sich die Staatengemeinschaft erst viel zu spät dieser Tatsache bewußt geworden. Insbesondere im Balkankonflikt seien die Medien sowohl von serbischer als auch von bosnischer Seite benutzt worden, um Haß und Angst zu schüren. Damit hätten sie in unverantwortlicher Weise zur Verschärfung des Konflikts beigetragen. Gheorghiu betonte, daß die Überwachung der lokalen Medien in Gebieten, die ein hohes Risiko ethnischer und religiöser Spannungen in sich bärten, zu einer kontinuierlichen Aufgabe der Staatengemeinschaft werden sollte. Auch die Unterstützung demokratisch ausgerichteter und sich für friedliche Konfliktlösungen einsetzender lokaler Kräfte durch die Bereitstellung von Rundfunk- und Fernsehsendern, in denen sie ihre Ansichten der Öffentlichkeit näher bringen könnten, könne als erstrebenswert in Erwägung gezogen werden, damit in Zukunft so schreckliche Ereignisse wie in Bosnien verhindert werden könnten.

Das Problem der Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens war Gegenstand der Ausführungen des spanischen Innenministers **Jaime Mayor Oreja**. Ein ausschließlich nationaler Ansatz zur Gewährleistung der Sicherheit der einzelnen Staaten sei nicht länger möglich, so der spanische Innenminister zu Beginn seiner Ausführungen. In einer Zeit der Globalisierung seien auch die Gefahren für die Stabilität und Sicherheit der Staaten viel komplexer und internationaler geworden. Phänomene wie grenzüberschreitende Kriminalität, Terrorakte und weltweiter Drogen- und Menschenhandel stellten die Staaten vor Probleme, die kein Land allein bewältigen könne. Damit sähen sich auch Organisationen wie die NATO neuen Bedrohungen, aber auch neuen Aufgaben gegenüber. Das Ausmaß der Gefahr und die Möglichkeit einer Unterwanderung der demokratischen Institutionen müsse erkannt werden. Bei der Befassung mit diesen Phänomenen falle die präzise Organisation des organisierten Verbrechens, das von unten (Straßenkriminalität) nach oben (Durchdringung von Wirtschafts- und Finanzkreisen) und mit modernen technischen Systemen arbeite, auf. Auch die enorme Diversifizierung des organisierten Verbrechens müsse gesehen werden. Ein großes Problem sei der Drogenhandel und die von den Drogenkartellen ausgehende Macht, für deren Bekämpfung eine Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Abnehmerländern unbedingt eingerichtet werden müsse. Auch im Bereich des Menschenhandels und der illegalen Einwanderung seien ein strikteres Vorgehen und verschärfte Grenzkontrollen in vielen Ländern zu fordern. Was den Terrorismus betreffe, so habe Spanien eigene leidvolle Erfahrungen gemacht, aus denen man jedoch Lehren gezogen habe. Politisch begründete Terrorakte seien keine Rechtfertigung für Mord und Erpressung, denn der Terroris-

mus negiere den Rechtsstaat und unterdrücke die freie Meinung. Weltweit habe man 1700 terroristische Verbindungen feststellen können. Der häufig in Verbindung mit innenpolitischen und sozialen Problemen stehende Terrorismus könne nur durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene bekämpft werden. Hierfür sei ein politischer Konsens und auch die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Massenmedien erforderlich. Auf Ebene der EU gebe es bereits mögliche Strukturen der Zusammenarbeit, zum Beispiel in Form von Auslieferungsverträgen, aber es sei noch nicht gelungen, einen wirklich effizienten Rahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu finden. Die Bedrohung der Werte und Vorstellungen der demokratischen Gesellschaft durch den Terrorismus dürfe nicht unterschätzt werden.

Anknüpfend an den Vortrag des spanischen Innenministers stellte der französische Abg. **Chauveau** die Frage, inwieweit der derzeitige rechtliche Rahmen geeignet sei, diese Probleme wirklich in den Griff zu bekommen. Frankreich habe nach dem Wirtschaftsgipfel in Paris ein Gesetz zur Verbesserung der Transparenz finanzieller Transaktionen erlassen. Ähnliche Gesetze sollten auch in anderen Ländern eingeführt werden. Senator **Migone** (Italien) fragte, wie es um die Zusammenarbeit in Europa bestellt sei und betonte, daß es ein Problem der Solidarität gegenüber den Ländern gebe, die in besonderer Weise von diesen Problemen betroffen seien. Insbesondere auf EU-Ebene seien eine dringende Befassung mit diesem Problem und einheitliche Regelungen für die Inhaftierung und Verurteilung von Terroristen notwendig.

Miguel-Angel Moratinos, Sonderbeauftragter der EU für den Nahost-Friedensprozeß, unterrichtete die Ausschußmitglieder über den derzeitigen Stand der Entwicklungen im Nahostprozeß. Unter dem Aspekt der Gewährleistung der Sicherheit gehe es vor allem um die Wasserversorgung, das Flüchtlingsproblem und die wirtschaftliche Situation. Im Mittelpunkt aller Verhandlungen stehe natürlich die Landfrage. Die NATO habe mit ihrem vor Jahren eingeleiteten Mittelmeer-Dialog einen konstruktiven Dialog zwischen beiden Mittelmeerküsten eingeleitet. Das Pakt der derzeitigen Situation und lebenswichtige Interessen Europas machten einen gemeinsamen Ansatz von Europäern und Amerikanern absolut notwendig. Auch Sicherheitsgarantien zur Verhinderung des Einsatzes von Kernwaffen müßten gefunden werden. Das regionale Gleichgewicht im Osten müsse sichergestellt werden.

In der anschließenden Debatte stellte die amerikanische Abg. **Pelosi** fest, daß es in ihrer Delegation einige Bedenken hinsichtlich einer Beteiligung der NATO an den Nahost-Friedensbemühungen gebe. Abg. **Moya** (Spanien) stellte die Frage an den Sonderbeauftragten, ob Fortschritte im Friedensprozeß erkennbar und welches die Elemente für eine mögliche Lösung seien, um aus der derzeitigen festgefahrenen Situation herauszukommen. Er forderte eine längerfristig gesehen stärkere Mitwirkung der Europäer am Friedensprozeß angesichts ihrer engen Bindungen zu vielen Nahoststaaten. Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, daß

die Europäer bereits seit längerem am Nahost-Friedensprozeß beteiligt seien. Ihre nicht unbeträchtliche Wirtschaftshilfe für Israel und Palästina sei ein wichtiger Faktor der Unterstützung. Als wichtiges Element im Friedensprozeß bezeichnete sie die Vertrauensbildung. Sie hob hervor, daß man versuchen müsse, Länder wie den Iran, Irak und Syrien in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten zurückzuholen, andererseits aber nicht Israels berechtigten Anspruch auf Sicherheit gefährden dürfe. Die derzeitige israelische Siedlungspolitik sei für viele unannehmbar, und die Schwierigkeiten Arafats, die Unterstützung für die Weiterführung des Friedensprozesses in der Bevölkerung zu erhalten, sei ein weiteres Problem. Sie forderte, sich im Rahmen der NATO um neue Mechanismen für den Dialog mit den Mittelmeerstaaten zu bemühen. Auf diese Feststellungen eingehend, stellte **Moratinos** fest, daß die Europäische Union ein wichtiger Akteur im Nahost-Friedensprozeß sei, ohne deren Einschaltung es zum Beispiel in Palästina noch keine demokratischen Wahlen gegeben hätte. Europa sei auch das Hauptgeberland der wirtschaftlichen Hilfe für die Mittelmeerstaaten. Er räumte ein, daß möglicherweise eine neue Methodik, aber keinesfalls neue Inhalte notwendig seien, um Fortschritte zu erreichen. An Abg. Schulte gerichtet, erklärte **Moratinos**, daß die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn für Europa ganz wichtig sei. Die Sicherheit Israels sei genauso wichtig wie die der anderen Staaten. Man müsse versuchen, neue Wege zu finden, um der israelischen Bevölkerung zu helfen, ein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarn zu verwirklichen. Dies sei einer der Kernpunkte des Barcelona-Prozesses. **Moratinos** wies auch darauf hin, daß es in den vergangenen zwei Jahren infolge der britischen EU-Präsidentschaft und der guten Zusammenarbeit zwischen Clinton und Blair eine wichtige Komplementarität zwischen Europäischer Union und USA im Hinblick auf eine Lösung des Nahost-Konflikts gegeben habe. Europa habe viel zur Vertrauensbildung im Nahen Osten beigetragen. Auch wenn die letzten Monate frustrierend gewesen seien, sei doch festzustellen, daß Israel und Palästina weiter – öffentlich und geheim – miteinander redeten und langsam auch in der arabischen Welt eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei.

Bei der Vorstellung seines Berichtes über die militärische Unterstützung für zivile Operationen im Rahmen von friedenserhaltenden Missionen betonte Abg. **van Eekelen** (Niederlande), daß eine Interaktion zwischen militärischen und zivilen Stellen für die Friedensunterstützung absolut unerlässlich sei. Paradoxerweise seien mit dem Ende des Kalten Krieges die militärischen Streitkräfte nicht überholt gewesen, sondern gelangten in zunehmendem Maße zu einem wenn auch anders gearteten Einsatz, der eher darin bestehe, die Ausbreitung von regionalen Konflikten zu verhindern, humanitäre Hilfe für die vom Konflikt betroffene Bevölkerung zu bringen und die grundlegenden Menschenrechte zu verteidigen. Auch die Rolle der Friedenstruppen der VN habe sich von der auf der Zustimmung der betroffenen Konfliktparteien beruhenden neutralen Rolle der Beobachtung zu einer in vielen Fällen friedensdurchsetzenden Mission, wie etwa in Bosnien, Somalia und Ruanda, ge-

wandelt. Die Staatengemeinschaft habe sich der neuen Rolle mit einem gewissen Hang zu Ad-hoc-Entscheidungen genähert. Sein Bericht wolle Anregungen zum Nachdenken geben, z. B. über die Legitimität von Friedensunterstützungsoperationen mit ihren internen und externen Aspekten, da dies auch die NATO und die Überlegungen über ihre neue Rolle berühre. Es gehe aber auch um eine genaue Definition des angemessenen Auftrags für die militärische Unterstützung von Zivilisten, was unweigerlich die Frage nach sich ziehe, welche Ausbildung und Ausrüstung für die Erfüllung dieser neuen Aufgaben erforderlich seien und wie die Schnittstelle zwischen Zivilisten und Militärs zu organisieren sei. Angesichts weltweiter alle Staaten betreffender Probleme wie Terrorismus, Drogenhandel, Waffenschmuggel und organisiertes Verbrechen, und der nicht mehr eindeutigen Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit gelte es auch über den Einsatz und die Aufgaben internationaler Polizeitruppen, wie etwa in Bosnien und Albanien, und über deren angemessene zivile Kontrolle neu nachzudenken. **Van Eekelen** äußerte die Hoffnung, daß das neue Strategische Konzept der NATO auch auf diese Fragen eine befriedigende Antwort geben werde.

Zuletzt befaßte sich der Ausschuß in einer teilweise sehr kontroversen Auseinandersetzung mit dem Bericht des US-Kongreß-Abgeordneten **Hastert** zum Thema: Illegale Drogen – eine wachsende Sicherheitsgefahr für die ganze Welt. Als interne Bedrohung für viele Länder bezeichnete **Hastert** die Legalisierung von Drogen, die er als gefährlichsten Weg zur Lösung des Drogenproblems sehe. Er gab zu bedenken, daß die Drogenverfügbarkeit zwangsläufig zu Mißbrauch führe. Dies sei zumindest die Erfahrung, die man in den USA gemacht habe. Er bezeichnete die von einer Drogenliberalisierungspolitik an junge Leute ausgehenden Signale als gefährlich, weil sie Jugendlichen die falsche Botschaft vermittelten, daß es keine festen Grenzen in diesem Bereich gebe. Er wies auch auf die hohe Zahl der mit Drogenmißbrauch einhergehenden Verbrechen hin und darauf, daß 80 % der Häftlinge in den USA ihre Verbrechen unter Drogen-/Alkoholeinfluß begangen hätten. **Hastert** gab zu bedenken, daß seines Erachtens auch für die gemeinsame Sicherheit der NATO-Staaten die Verbindung von Drogenhandel und Terrorismus eine Gefahr bedeute, denn viele Terrorgruppen finanzierten sich über den Drogenhandel. Dabei versuchten diese Gruppen, einen immer größeren Markt für ihren Drogenabsatz zu erschließen und errichteten weltweit illegale Handelswege und wohldurchdachte Transportverfahren. Der Kampf um Absatzmärkte werde von den Kartellen wie ein Krieg geführt, und Gleichgültigkeit in der Öffentlichkeit und Zugeständnisse wie die Drogenliberalisierung und die Unterschätzung der Gefährlichkeit von Drogen würden dazu beitragen, daß die Bedrohung der Länder lebensgefährlichen Charakter erhalte. Der Berichterstatter appellierte an die NATO-Mitgliedstaaten, sich angesichts der grenzüberschreitenden Dimension des Problems gemeinsam der Herausforderung zu stellen und in einem umfassenden und koordinierten Vorgehen gegen diese neue Bedrohung der Sicherheit der Staaten vorzugehen.

In der anschließenden Debatte stellte insbesondere ein niederländischer Abgeordneter fest, daß in den Niederlanden aufgrund der Liberalisierungspolitik die Zahl der Drogentoten in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen sei. Der französische Abg. **Chauveau** forderte mehr Transparenz im Finanzsektor, und der mazedonische Abg. **Ruzin** stellte fest, daß in seinem Land mit der Demokratisierung nicht nur positive Entwicklungen zu verzeichnen gewesen seien, sondern daß leider auch negative Phänomene wie Drogenmißbrauch und Drogenhandel Einzug gehalten hätten. Der belgische Abg. **Detremmeri** kritisierte die konservative US-Drogenpolitik; ein kanadischer Abgeordneter stimmte dem zu, indem er feststellte, daß sich seines Erachtens die konservative Politik der USA in diesem Bereich nicht bewährt habe. Der luxemburgische Abg. **Bourg** vermerkte, daß man sich verstärkt mit der Frage befassen müsse, weshalb Jugendliche zu Drogen greifen und auch sehen müsse, daß die übertriebene Unterdrückung von Drogen ihren Preis nach oben getrieben habe. Auch Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) räumte ein, daß der eher konservative Ansatz in der Drogenpolitik sich in Großbritannien nicht bewährt habe und daß man neue Wege finden müsse, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Anschließend befaßten sich die Ausschußmitglieder in einer kurzen Debatte mit dem Türkei-Besuch einiger Ausschußmitglieder unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Senator **Migone**. Senator **Migone** dankte der türkischen Delegation für ihre Unterstützung bei diesem Besuch und für die gute Zusammenarbeit. Der Besuch habe den Zweck verfolgt, sich einen Überblick über die Menschenrechtslage und über das Kurdenproblem sowie den Umgang mit Oppositionellen in der Türkei zu verschaffen. Einige der in dem Bericht gemachten Feststellungen der Ausschußmitglieder wurden von der türkischen Delegation als nicht zutreffend und unannehmbar zurückgewiesen, gleichzeitig wurde aber auch festgestellt, daß die Zusammenarbeit während des Besuches offen und konstruktiv gewesen sei. Auf eine formelle Verabschiedung des Berichts durch die Ausschußmitglieder wurde verzichtet. Eine eingehende Diskussion über den Bericht, bei der man auch die ausführliche Antwort der türkischen Seite auf den Bericht behandeln wolle, wurde auf die Herbsttagung der NAV in Edinburgh verschoben.

Plenarsitzung

Die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung wurde am 26. Mai 1998 im Montjuic National Palast von dem Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Senator **William V. Roth, Jr.** (Vereinigte Staaten) mit Dank an Spanien für die gastfreundliche Aufnahme eröffnet. In seinem Rückblick auf die Sitzung wies Roth darauf hin, daß die Versammlung den Friedensschluß in Nordirland mit großer Freude zur Kenntnis genommen habe. Dies dürfe jedoch über die immensen aktuellen Gefahren nicht hinwegtäuschen; als Beispiel nannte er die Probleme im Kosovo und die Atombombentests in Indien. Auch wenn letztere einen erheblichen Rückschritt bei der gemeinsamen Anstrengung für ein Verbot der Atom-

waffen bedeute, müßten die demokratischen Staaten diesen Herausforderungen durch entschiedene Reaktionen gemeinsam entgegenreten. Die Luftbrücke nach Westberlin, die heute vor 50 Jahren eingerichtet worden sei, sei solch ein erfolgreiches Zeugnis der Entschlossenheit der westlichen Demokratien. Die NATO sei jedoch nicht nur ein Defensiv-, sondern vor allem ein Sicherheitsbündnis, das auf gegenseitigem Vertrauen beruhe. Bündnispolitik sei Friedenspolitik. Durch gemeinsame Planungen und Ausbildung würde dieses Vertrauen täglich verstärkt. Dies werde auch in dem Wunsch der osteuropäischen Staaten deutlich, der NATO beizutreten. Die NATO-Erweiterung sei eine notwendige Folge der erfolgreichen Bündnispolitik, aber zugleich auch die Erfüllung eines Versprechens: Die NATO stehe jedem demokratischen Staat offen. In diesem Zusammenhang zeigte Roth sich besonders erfreut darüber, daß die Beitrittsprotokolle bereits von fünf Mitgliedstaaten der NATO ratifiziert worden seien. Auch die Vereinigten Staaten würden alsbald folgen. Der Senat, der bereits zugestimmt habe, bestätige damit, daß die kollektive Verteidigung der Kern des Bündnisses sei. Zugleich belege diese Entscheidung die Befürchtungen als unbegründet, die USA könnten sich von Europa abwenden. Dennoch sei die Sorge wegen der von den USA zu tragenden finanziellen Hauptlast des Bündnisses groß. Er sei davon überzeugt, daß die NATO nach erfolgreichem Abschluß des gegenwärtigen Erweiterungsprozesses diesen nicht zum Stillstand kommen lassen dürfe. Die Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft sei für die osteuropäischen Staaten ein wesentlicher Anreiz für wirtschaftspolitische und demokratische Reformen, die zur Stabilität in der Region beitragen würden. Insofern sei der Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns nur als ein erster Schritt anzusehen.

Die NATO dürfe sich jedoch nicht nur um Erweiterung bemühen, sondern müsse parallel dazu auch eng mit Rußland zusammenarbeiten. Die SFOR-Zusammenarbeit sei in diesem Zusammenhang ein großer Fortschritt. Mit dieser ersten gemeinsamen Übung sei eine solide Grundlage für eine gute Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland gelegt worden. Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe der Versammlung betr. den Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rat, sei die richtige Methode, um Rußland die Angst vor der Erweiterung zu nehmen. Roth zeigte sich davon überzeugt, daß mit der Einbeziehung Rußlands die NATO auf dem besten Wege sei, eine Sicherheitspartnerschaft von Alaska bis Wladiwostok entstehen zu lassen.

Anschließend sprach **Zbigniew Brzezinski**, Berater am Zentrum für Strategische und Internationale Studien in Washington DC., zur Versammlung. Zunächst befaßte er sich mit dem Erweiterungsprozeß. Dabei vertrat er die These, daß die nächsten Erweiterungsschritte maßvoll erfolgen müßten, denn nur so könne glaubhaft belegt werden, daß die Erweiterung einen stetigen Prozeß darstelle. Hierzu schlug er vor, in der nächsten Erweiterungsrunde ein bis zwei Staaten jeweils im Norden und Süden Europas aufzunehmen. Dabei müsse jeder Kandidat als Einzelfall betrachtet werden, da es grundsätzlich keinen Anspruch auf

Mitgliedschaft gebe. Des weiteren betonte er, daß das Verhältnis der Europäischen Union zur Türkei auch für die NATO von Bedeutung sei. Der Türkei das Gefühl zu geben, daß sie ihren Platz in Europa habe, sei für die innere wie äußere Stabilität des Landes wichtig. Zum Verhältnis der NATO zu Rußland betonte Brezinski, daß Rußland kein Vetorecht in Erweiterungsfragen zustehe, es aber nicht für immer von der NATO ausgeschlossen werden dürfe. Jeder Staat, der den klaren demokratischen Willen zum Ausdruck bringe, zur NATO dazugehören und deren objektive Kriterien erfüllen zu wollen, müsse beitreten dürfen. Jedoch sei kurzfristig mit einem Beitritt Rußlands nicht zu rechnen, insofern handele es sich um einen langfristigen Prozeß. Schließlich hob Brezinski hervor, daß auch die NATO in Zukunft globaler denken müsse; sie zum Aufbau eines globalen Sicherheitssystems zu nutzen, sei die sicherheitspolitische Herausforderung der Zukunft.

Auf Nachfrage von Abg. **Kenny** (Kanada) führte Brezinski aus, Rußland sei an einer transkontinentalen europäischen Versöhnung sehr interessiert. Das russische Volk habe in diesem Jahrhundert sehr gelitten. Eine gesamteuropäische Versöhnung sei jedoch nur in einer Situation der allgemeinen Sicherheit möglich. Hierfür schaffe die Erweiterung die Grundlage.

Abg. **van Eekelen** (Niederlande) wies darauf hin, daß die Nord-Süd-Akzentuierungen von der Europäischen Union nicht geteilt würden. Diese konzentrierte sich auf Mitteleuropa. Des weiteren bat er um Auskunft, was Brezinski mit dem in seinem Buch verwendeten Begriff des „Kernlandes Europas/Eurasians“ meine. Er frage sich, ob diese Perspektive zu der globalen Herausforderung der Zukunft passe.

Brezinski entgegnete, in den Zeiten des Kalten Krieges seien NATO-Erweiterungen durch das Gefühl der Bedrohung getragen worden. Nun gelinge es erstmals, die NATO zu erweitern, ohne daß dieses Gefühl gegenwärtig sei. Wenn er in diesem Zusammenhang von Süden oder Norden spreche, so meine er den Balkan und das Baltikum. Sicherlich sei zuzugeben, daß der Begriff „Kernland“ nicht mehr aktuell sei. Dennoch komme „Eurasien“ eine zentrale Bedeutung bei der Lösung der globalen Stabilitätsfragen zu.

Abg. **Schirinowsky** (Rußland) erklärte, das große Tempo der NATO-Erweiterung nach Osten sei nicht gut. Alle Expansionsbestrebungen in Richtung Osten hätten bisher zu Kriegen geführt. Der Frieden sei ein amerikanisch dominierter zugleich expansiver Frieden, dessen Opfer Rußland sein werde. In Zukunft müsse es vielmehr weder ein russisches noch ein amerikanisches Imperium, sondern eine Vereinigung unabhängiger Staaten geben. Dem stehe jedoch entgegen, daß die Amerikaner ihre Streitkräfte gegenwärtig überall stationiert hätten.

Brezinski entgegnete darauf, die amerikanischen Streitkräfte seien auf Wunsch der europäischen Staaten stationiert. Als Frankreich die Amerikaner damals aufgefordert habe, ihre Streitkräfte abzuziehen, sei dies innerhalb von 12 Monate geschehen. Auf eine entsprechende Forderung Ungarns habe die

Sowjetunion mit der Besetzung des Landes reagiert. Die NATO basiere auf demokratischen Prinzipien, und Demokratie impliziere Freiwilligkeit; sobald ein Staat den Abzug der amerikanischen Streitkräfte forderte, würde diesem Wunsch auch entsprochen. Ungarn und Tschechien wollten jedoch gerade dies nicht; sie wollten NATO-Mitglieder werden und wünschten die Stationierung auch amerikanischer Streitkräfte. In der Vergangenheit hätten alle unter der sowjetischen Diktatur und wirtschaftlicher Not gelitten. Nun blickten alle, auch Rußland, optimistisch in eine Zukunft; allein Schirinowskis politische Zukunft sei nicht so rosig.

Auch die Frage, wohin sich die NATO in Zukunft entwickeln werde, sei schwer zu beantworten. Niemand könne heute sagen, wie am Ende des 21. Jahrhunderts die Definition Europas aussehen werde. Auch in der Vergangenheit hätten sich die Koordinaten verändert, so sei z. B. unter Europa lange Zeit nur Westeuropa verstanden worden. Heute habe sich dieses Verständnis gewandelt. Die Ukraine, das Baltikum, Rußland und Georgien gehörten selbstverständlich im kulturellen Sinne zu Europa. Insofern könne für die Zukunft der NATO-Erweiterung nur gelten: „Never say never.“

Auf eine Bemerkung des Abg. **Zayets** (Ukraine) erklärte **Brezinski**, die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO bzw. der Europäischen Union würden durch die Menschen und ihre Entscheidungen bestimmt. Das Bündnis sei für eine enge Zusammenarbeit aufgeschlossen; die Zusammenarbeit wie aber auch eine Mitgliedschaft seien jedoch an Voraussetzungen gebunden, von denen ein demokratischer, freier Markt nur eine sei. Außerordentlich wünschenswert sei jedoch eine enge Zusammenarbeit der Ukraine mit Rußland. Daraus könne eine ebenso gute und offene Beziehung entstehen wie sie zwischen Deutschland und Frankreich oder den USA und Kanada gegenwärtig z. B. existiere. Auf die Bemerkung von Senator **Pliggera** (Italien) wies **Brezinski** darauf hin, daß der Europarat zur Frage der Minderheitenbehandlung eine Reihe von Standards beschlossen habe. Für die Einhaltung dieser Grundsätze setze sich auch die NATO ein. So sei in Bosnien z. B. nicht die internationale Polizei, sondern die NATO zum Einsatz gekommen. Vermehrt werde die NATO in Zukunft sog. „Out-of-area“-Einsätze vornehmen müssen.

Im Anschluß daran gab der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General **Klaus Naumann**, einen Überblick über die militärischen Aspekte des NATO-Reformprozesses. Angesichts des komplexen Charakters zukünftiger Bündnisaufgaben und der steigenden Notwendigkeit, politische, militärische und sozio-ökonomische Konfliktlösungsansätze als Einheit zu begreifen, sei es wichtig, die Streitkräfte der Allianz sowohl auf schnelle und dauerhafte Kriseneinsätze als auch auf eine enge Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren vorzubereiten. Dieses erfordere von den militärischen Bündnispartnern eine hohe operationelle Bereitschaft und Anpassungsfähigkeit. Die im Dezember 1997 von den NATO-Partnern beschlossene neue Kommandostruktur trage diesen zukünftigen strategischen Anforderungen

Rechnung. Gegenwärtig sei der Militärausschuß mit der weiteren Detailplanung befaßt und werde aller Voraussicht nach bis zum Frühjahr 1999 die Grundlagen für die anstehenden Entscheidungen zur Aktivierung der auf 20 reduzierten neuen NATO-Hauptquartiere schaffen können. Ebenso erfolgreich schreite die militärische Weiterentwicklung des CJTF-Konzepts voran, dessen Umsetzung bis zum Jahr 2000 vorgesehen sei.

Hinsichtlich der Ausbildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESDI) seien die meisten der erforderlichen militärischen Mechanismen schon heute vorhanden. Für das Jahr 2000 sei bereits eine gemeinsame NATO-WEU-Krisenmanagementübung geplant, ebenso eine CJTF-Übung im Rahmen einer WEU-geführten Operation. Auf die Frage der Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) nach bestehenden Interoperabilitätslücken erklärte **General Naumann**, daß aus seiner Sicht für den Erfolg der ESDI vor allem der politische Wille der Europäer erforderlich sei. Dabei sei für die vollständige Ausschöpfung des heute schon vorhan-

denen Potentials insbesondere auch die Teilnahme aller europäischen NATO-Partner von Bedeutung.

Anschließend richteten der Bürgermeister von Barcelona, **Joan Clos**, der Präsident der Generalitat von Barcelona, **Jordi Pujol**, der Präsident des spanischen Senats, **Juan Ignacio Barrero Valverde**, und der Präsident des spanischen Abgeordnetenhauses, **Federico Trillo-Figueroa**, Grußworte an die Versammlung.

Zum Abschluß sprach der spanische Regierungschef, **José-Maria Aznar**. Er hob hervor, daß der Nordatlantikpakt stets mehr als ein reines Verteidigungsbündnis gewesen sei. Die Allianz sei einer der Hauptgründe für die erfolgreiche Verteidigung der gemeinsamen Werte und Ideale in Europa und Nordamerika in den vergangenen 50 Jahren gewesen. Diese Werte gelte es weiterhin zu schützen bzw. den Schutz auf weitere Länder auszudehnen. Die Öffnung der NATO nach Osten, mit der für die betroffenen Staaten ein lange gehegter Wunsch wahr werde, sei kein Selbstzweck, sondern ein Weg, Stabilität und Sicherheit in Europa und Nordamerika zu gewährleisten.

Klaus Francke (Hamburg)

Leiter der Delegation

Florian Gerster

Stellvertretender Leiter der Delegation